

Er scheint täglich außer Sonntags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 26 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Eingetrag. in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1892 unter Nr. 6708.

Anfertigungs-Gebühr für fünfgezahlte Portogeld. Raum 40 Pf. für den Vermerkungs-Anzeigen. Interesse für die nächste Zeit müssen bis 4 Uhr Nachmittags der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Freitag, den 30. Juni 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

## „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

### „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsvereditoren, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,**

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

**3,30 Mark für das 3. Quartal**

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflich, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des  
„Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

### Eulenspiegel Redivivus.

Wer ist schuld, daß die Militärvorlage im neuen Reichstage zur Annahme kommen wird? — Die Sozialdemokratie!

Wer sagt das? — Herr Eugen Richter!

Also noch immer der alte geblieben, der brave Eugen, noch immer unfähig, weiten Blicks große geschichtliche Prozesse zu übersehen und ihren Verlauf zu ermessen, noch immer besessen, durch kleinliche Klünstereien und Winkelzüge sich selbst und seine Anhängererschaft über die eigenen kläglichen Schwächen und Fehler hinwegzutäuschen.

Nichts gelernt hat er aus der Bankrotterklärung des freisinnigen Bürgerthums vom 15. und 24. Juni. Die Katastrophe dient ihm nur dazu, um der Sozialdemokratie ein am Zeuge zu flicken. Hören wir einmal, mit was für Rechenknäuelchen er sich in der „Freisinnigen Zeitung“ verlustet!

\*) Lat.: wieder lebendig geworden.

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.

13

### Die Bekehrung André Favonay's.

Sozialistischer Roman  
von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Einer von ihnen, ein blonder Herkules, der mit einem Stock bewaffnet war, welcher im Nothfall ganz gut als Keule dienen konnte, versperrte den Ausgang. Die Sprecherin ging nur zwei Schritte auf ihn zu und legte sanft die Hand auf seinen Arm, als er sofort erröthend zurücktrat. Mehr verlangte André nicht. Er warf den Stuhl den ihm zunächst Stehenden vor die Füße, erreichte mit einem Sprünge die Thür und war verschwunden.

Eine Viertelstunde später, während Alfred erschöpft in den Kissen eines Wagens lag, neben ihm der treue Guntram, der ihn nach Hause brachte, versuchte André trotz der Gefahr unter den Gruppen, welche den Saal verließen, die Unbekannte herauszufinden, deren Dazwischentreten ihn gerettet hatte. Endlich entdeckte er sie. Er sah, wie sie der alten zünftigen Frau, die Alfred die Opäne gekauft hatte, den Arm bot. Zwei Männer gingen neben ihnen. Der eine war ein kräftiger junger Mann mit gutmüthigem Gesicht, derselbe, der vorher seinen Stock gegen André geschwungen hatte, der andere ein Greis mit weißem Bart. André folgte ihnen in einiger Entfernung. Er sah, wie sie in die schmale, ruhige Rue Demours einbogen; der

\*) Sprich rüh — Straße.

Die Sozialdemokratie hat neun Mandate von der Freisinnigen Volkspartei gewonnen; ihre übrigen Gewinne von Anhängern der Militärvorlage gleichen sich aus mit Verlusten an jene Parteien. Also sind die Gewinne der Sozialdemokratie belanglos für die Entscheidung über die Militärvorlage — nach Eugen Richter's Logik, denn daß so ein Volksmann Richter'scher Färbung dem Militarismus gar nicht ernstlich feind ist, wohl aber ein Sozialdemokrat, übergeht er vorsichtig. Doch es kommt noch besser:

„Entscheidend aber zu gunsten der Militärvorlage ist gewesen, daß die Sozialdemokratie auf Kosten der freisinnigen Volkspartei in Stichwahlen gelangt ist, aus welchen die Sozialdemokratie selbst als Sieger nicht hervorgehen konnte, während andernfalls die Kandidaten der freisinnigen Volkspartei, einmal in die Stichwahl gelangt, den Sieg davongetragen haben würden.“

Ja, weshalb „konnte“ denn die Sozialdemokratie den Sieg nicht davon tragen? Doch nur deshalb, weil die freisinnigen Bürger trotz aller liberalen und demokratischen Gerede und Gethue's im Grunde gar keine Gegner sind des Militarismus, der ihnen vielmehr ein sicherer Hort erscheint gegen die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats; weil ihnen, mögen sie sich zur freisinnigen Volkspartei, zur süddeutschen Volkspartei oder zur freisinnigen Vereinigung und zum Nationalliberalismus zählen, der blutigste Reaktionär, und sei er gar Antisemit, Ahlwardt'scher oder Böckel'scher Färbung, immer noch lieber ist als ein Sozialdemokrat; kurz, weil bei den Stichwahlen die Freisinnigen in Scharen überlaufen sind ins Lager der Reaktion — deshalb konnten die Sozialdemokraten bei den Stichwahlen nur in den seltensten Fällen siegen, haben sie nur ein Viertel ihrer Stichwahlfrage erobert.

Wir sind weit entfernt, darüber erregt oder nur erstaunt zu sein. Wir haben nichts anderes erwartet von Herrn Eugen Richter und seinen Freunden. Wir sehen in dieser Erscheinung nur ein Symptom des fortschreitenden Kräfteverfalls der altersschwachen freisinnigen Bürgererschaft, die wieder ein gut Stück weiter gekommen ist in ihrem Wandlungsprozeß zu einer Kompagnie im Regimente der unterhänigen Ordnungstüthigen. Aber weshalb entrüstet sich Herr Eugen Richter, wenn er im Herzen wirklich demokratisch, freisinnig und dem Militarismus feindlich ist, dann nicht gegen die Molluskbreinaturen? Nun, weil er selbst aus dem nämlichen Brei geknetet ist wie sie alle, weil er das Muster ist eines kalkulirenden, remonstrirenden Philisters. Hat er etwa offen und ungeschminkt, wie es die Sozialdemokratie in folgerichtiger Befehdung der Regierung und ihrer Militärvorlage gethan, die freisinnigen Wähler aufgefordert, bei den Stichwahlen jedem Gegner der Heeresverlängerung, jedem Gegner der Steuererhöhung, jedem Vertheidiger des allgemeinen Wahlrechts eher die Stimmen zu geben als einem Manne, der in irgend einer dieser Fragen reaktionäre Gelüste verräth? Hat er offen und ehrlich die bedingte Bundesgenossenschaft mit uns anerkannt? Mit nichten! Er hat sich feige versteckt hinter der Redensart, daß einem jeden Wähler die Ent-

scheidung bei der Stichwahl zwischen zwei gegnerischen Kandidaten überlassen bleiben müsse. Gewiß ist der Satz richtig in seiner nackten Allgemeinheit, einen Zwang kann und soll keine Partei in solchen Fällen auf ihre Mitglieder ausüben; aber wohl wäre es angebracht und sogar durch die Umstände geboten gewesen auf Grund der ausschlaggebenden Gesichtspunkte, in dem gegenwärtigen Streite den Parteigenossen einen sachlichen Rath zu ertheilen, der nach den Vorgängen, welche zur Auflösung des Reichstages führten, nur das sein konnte: Stimmt gegen den Militarismus und für das allgemeine Wahlrecht!

Tadurch, daß Herr Eugen Richter und die anderen Philistereielen in seiner Umgebung diesen notwendigen Rath unterließen, gaben sie indirekt ihren Anhängern im Lande die Weisung: Stimmt ruhig für einen Reaktionär an Stelle eines Sozialdemokraten, uns ist's auch recht. Und was Herr Richter indirekt zu verstehen gab, das haben andere seiner Freunde, sogar Langerhans und Virchow unumwundener zugegeben, indem sie gegen die „Feinde der bürgerlichen Gesellschaft“ wetteiferten. Direkt für die Verbrüderung der Ordnungsparteien haben sich dann einflußreiche freisinnige Parteigenossen, voran die Vossische Zeitung, ins Zeug gelegt. Stimmt doch das Viehblödsinn des Berliner alten und befestigten Hausbestes dieser Tage einen wahren Triumphgesang darüber an, daß Pinneberg durch die Freisinnigen dem erzkonservativen Grafen Moltke ausgeliefert wurde.

Also keine Flansen Herr Richter! Wenn die Militärvorlage durchgeht mit Pauken und Trompeten, so ist Ihre und Ihrer Parteigenossen klägliche prinzipienwidrige Haltung schuld daran; wie die Schlacht von Bull Run verloren ging, weil die Yankee's vor dem Angriffe der Konföderirten ausrissen wie Schafleder, und die standfesteren deutschen Truppen die Unionsarmee im Stich ließen. Was würde man aber zu so einem ausgegriffenen Yankee-Offizier gesagt haben, der behauptet hätte: Nur die verfluchten Deutschen sind schuld, daß die Schlacht verloren ging! Die Kerle „konnten“ ja gar nicht siegen, weil innere psychologische Gründe uns nöthigten, sie im Stich zu lassen.

Wir glauben, einem solchen albernen Bramarbas wäre ein Höllengelächter entgegengeschallt, wie es hoffentlich Herrn Eugen Richter, der sich durch eine ähnliche Eulenspiegel-Argumentation herauszuschwindeln sucht, selbst von seinen eigenen Parteigenossen zur Antwort wird.

Und wenn nun besagter Bramarbas zum Schlusse sich zu dem schönen Sage versteigt:

Außerdem belanden diese Wahrnehmungen aufs neue, wie sehr die Spaltung, welche durch die Sozialdemokratie in das Bürgerthum getragen worden ist, der Volksovertretung es erschwert, die Interessen des Volkes gegen ungerechtfertigte Steigerungen der Militär- und Steuerlasten der Regierung gegenüber nachhaltig zum Ausdruck zu bringen — so erblicken wir darin nur den windigen Versuch eines Toll Eulenspiegel Redivivus, den übeln Eindruck seines Fiascos als Wahlstrategie hinwegzuulken.

ruhig mit ansähe, mit Knüttelschlägen ihr Recht und ihre Freiheit selbst zu wahren.

Und dieses Abenteuer bekam unter den Freunden den Namen: „Die Affäre im Bagramsaale.“

### 2. Kapitel.

Sobald André am andern Tage aufgestanden war und sich angekleidet hatte, d. h. etwa gegen 11 Uhr morgens, ließ er die alte Norine zu sich kommen. Die alte Norine war eine ehemalige Kinderfrau, die bereits seit dreißig Jahren im Hause diente.

„Sie gehen jetzt nach der rue Demours Nr. 80“, sagte er zu ihr. „Sie fragen den Portier dort nach Herrn Dewal oder Dumont, für den Sie eine Bestellung von Ihrem Herrn haben, verstanden? Man wird Ihnen sagen, daß man diesen Herrn nicht kennt. Sie werden aber darauf bestehen. Sie sagen, der Herr wäre ein großer alter Mann mit weißem Bart, und er müßte in diesem Hause im vierten Stock mit einem brünetten, jungen Mädchen oder einer brünetten, jungen Frau zusammen wohnen. Sie können hinzufügen, daß Sie sich vielleicht des Namens nicht mehr ganz genau erinnern könnten. Man wird Ihnen dann einen andern Namen nennen, den Sie sich genau merken müssen. Meine Karte werden Sie bei dem Portier zurücklassen und darum bitten, daß er sie an den betreffenden Herrn abgibt.“ — Und als Norine die Augen vor Verwunderung weit öffnete, fügte André lachend hinzu: „Gehen Sie nur, meine gute Norine, Sie brauchen gar nicht so entsetzt auszuweichen. Es ist allerdings ein sehr delikater, aber durchaus ehrenhafter Auftrag, den ich Ihnen anvertraue. Der Weg ist nicht lang. Sie können in eine Stunde etwa schon zurück sein und mir über das Resultat berichten.“

\*) Sprich schönäb doreh — eigentlich vergoldete Jugend — vornehme Jugend.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juni.

Die Wahlergebnisse. Das Ergebnis der 110 Stiche stellt sich wie folgt:

Sozialdemokraten	20
Konservative	25
Deutsche Reichspartei	13
Nationalliberale	35
Freis. Vereinigung	9
Freis. Volkspartei	24
Süddeutsche Volkspartei	7
Ultramontane	15
Welfen	7
Polen	7
Antisemiten	13
Wilde	4
Elässer	1

Das Gesamtergebnis der Haupt- und Stichwahlen ist folgendes (in Klammern fügen wir den Parteistand des vorigen Reichstages bei und verzeichnen dahinter den Gewinn oder Verlust mit + oder -):

Sozialdemokraten	24 + 20 = 44	(36) + 8
Konservative	49 + 23 = 74	(68) + 6
D. Reichspartei	11 + 18 = 24	(18) + 6
Nationalliberale	15 + 35 = 50	(42) + 8
Freis. Vereinigung	3 + 9 = 12	(9) - 3
Freis. Volkspartei	0 + 24 = 24	(0) + 24
Südd. Volkspartei	4 + 7 = 11	(10) + 1
Ultramontane	81 + 15 = 96	(105) - 9
Welfen	0 + 7 = 7	(7) - 0
Polen	12 + 7 = 19	(17) + 2
Antisemiten	8 + 13 = 21	(6) + 15
Wilde	5 + 4 = 9	(6) + 3
Däne	1 + 0 = 1	(1) - 0
El. Protest	6 + 1 = 7	(7) - 0
El. f. d. Mil.	8 + 0 = 8	(10) - 2

217 + 180 = 397 (397)

Hiernach haben den Verlust die Freisinnigen (- 82 Sitze), das Zentrum (- 9 Sitze) und die Welfen (- 3 Sitze), zusammen - 94 Sitze zu tragen. Den Gewinn haben die Sozialdemokraten mit + 8, die Konservativen mit + 6, die Reichspartei mit + 6, die Nationalliberalen mit + 8, die Süddeutsche Volkspartei mit + 1, die Polen mit + 2, die Antisemiten mit + 10 Sitzen, zusammen 41, wozu noch 3 Sitze als Gewinn den sogenannten Wilden zufallen.

Ein langsamer Telegraph. Gestern Mittag war das amtliche Resultat aller Stichwahlen bekannt. Gestern Abend brachte der „Reichs-Anzeiger“ nur Bruchstücke. Deut Abend bringt er nur das Gesamtresultat in Vausch und Bogen, keine vollständige Tabelle. Die englischen und amerikanischen Zeitungen spotteten schon nach der Hauptwahl über die Langsamkeit der deutschen Presse, die mit ihren Nachrichten so spät komme. Wie werden sie erst jetzt spotten. Thatsache ist, daß das Resultat jeder englischen Wahl zwei Stunden nach Feststellung des Ergebnisses in allen Londoner Zeitungen steht. Die deutsche Presse ist nun freilich viel ärmlischer ausgestattet als die englische und amerikanische, allein von dem amtlichen Reichsregierungsblatt sollte man doch erwarten, daß es Geld und Mittel hätte, bei Wahlen und ähnlichen Ereignissen sich eingehende telegraphische Nachrichten zu verschaffen wüßte. Oder ist auch der Telegraph in Deutschland langsam? Oder hat die Regierung Gründe, mit der Wahrheit hinter dem Berg zu halten? —

Die „Norddeutsche Allgemeine“ pindert uns an wegen unserer neulichen Notiz über den Unterschied von „deutschem Kaiserthum“ und „deutschem Reich“. Gleichviel, ob „Reich“ oder „Kaiserthum“ — es sei doch das deutsche Kaiserthum, das die französischen Sozialdemokraten in ihrer Adresse gemeint hätten, und folglich hätten sie sich auch als Feinde Deutschlands bekannt. Das heißt: wenn wir den deutschen Pindter als journalistisches Mädchen für alles und alle, als — kurz als das, was er ist — nach Gebühr kennzeichnen, dann beschimpfen wir Deutschland! Freilich, der polnisch-jüdische Ex-Zusurrgent, der auf den Namen Pindter hört, ist ja kein Deutscher. Nun, so suche er sich unter seines Gleichen ein anderes Individuum weniger fragwürdiger Herkunft und sehe es an seine Stelle! —

Deutschfreisinniges. Soeben wird, wie wir der „National-Zeitung“ entnehmen, gemeldet, daß der im Wahlkreis Memel gewählte Kandidat der freisinnigen Partei, Herr Ucker, erklärt, er wolle bis nach der Entscheidung der Militärfrage dieser Fraktion nur als Hospitant beitreten, da er eventuell bereit sei, mehr zu bewilligen, als die Fraktion! —

Das Haus, in dem André wohnte, lag in der Murillastraße und gewährte einen Blick über den Park von Monceau. André's Vater, ein begabter Architekt, hatte den Plan dazu entworfen und ausgeführt. Sein Name war nebst der Jahreszahl 1869 über dem Haupteingang zu lesen. Als er das Haus damals für sich und seine Familie aufgeführt, hatte er nicht gespart, um es so beaglich und hübsch wie möglich zu gestalten. Unter einem sehr schlichten Aushalten verbarg das Haus den raffiniertesten Komfort. Überall weiße Teppiche, die den Schritt dämpften, herrliche Fayencen — Porzellansachen — welche das Auge ergötzen, überall Blumen und stippige Blattpflanzen, welche die Illusion eines ewigen Frühlings erweckten. Einige Gemälde von Meisterhand — meist Seestücke, Landschaften und Stilleben — bewiesen, daß der Besitzer wie so viele reiche Pariser es verstanden hatte, seine Sehnsucht nach dem weiten Horizont, wie ihn das Meer bietet, und einer von der Sonne überglänzten Landschaft auf seine Weise zu befriedigen. Antik geschützte Ebenholz-Möbel, wundervoll gearbeitete Truben, Schränke mit blühenden Beschlägen, alles dies mit Geschmack ausgewählt, legte Zeugnis ab von der seltenen Vereinigung eines bedeutenden Vermögens und eines fein entwickelten Geschmacks. Der Salon, das Speisezimmer und der Billardsaal, die das ganze Erdgeschos einnahmen, verdankten der harmonischen Zusammenstellung der Farben einen eigenen, intimen Reiz, der jeden umfing und erfüllte, ohne daß er jedoch zu sagen gewußt hätte, worin er eigentlich bestand. Der Mann, der dieses Arrangement angeordnet hatte, mußte eine bedeutende künstlerische Veranlagung besessen haben. Obgleich er seit mehreren Jahren todt war, hätte man glauben können, er sei nur verreist und könne jeden Tag zurückkehren und seine Ge-

Eine herbe Kritik an der Einladung zu dem konstituierenden Parteitag der freisinnigen Volkspartei läßt das führende Organ des Berliner Deutschfreisinn, die „Vossische Zeitung“. Es heißt am Schluß der bitterbösen Darlegung:

„Eine freisinnige Partei ist schließlich keine katholische Kirche mit dem Papst an der Spitze und ein freisinniger Parteitag kein vatikanisches Konzil, in dem Beschlüsse durchgedrückt werden, ganz gleich, ob sie der Masse der Gläubigen behagen oder nicht. Ein Parteitag muß frei sein, so frei als möglich. Denn nicht auf die Abwehr, sondern auf die Einverleibung neuer Gedanken kommt es an, soll eine Partei lebenskräftig bleiben. Andernfalls muß sich nothwendig an ihr der Auflösungsprozess vollziehen.“ —

Die nationalliberalen Bundesgenossen schildert die jüdische „Kreuz-Zeitung“ wie folgt: „Wald sind sie als Antisemiten aufgetreten, bald haben sie sich in die philosemitische Haut gefolgt, hier schienen sie Freunde der Landwirthschaft und der Doppelwährung zu sein, dort sind sie für den Freihandel und sogar für den Vertrag mit Rußland eingetreten, wie von gegnerischen Organen — ohne Widerspruch, soweit wir sehen — versichert worden ist, nicht etwa in verschiedenen Wahlkreisen, nein vielsach in denselben, je nachdem die ländlichen oder die städtischen Wähler „vor der Klinge“ waren. Besonders der „Bund der Landwirthe“ mag sich daher auf Ueberraschungen im Reichstage gefaßt machen.“ —

Schmalzgefellen. So nannte man im ersten Drittel dieses Jahrhunderts die „gutgesinnten“ Studenten, die sich zu Zeiten der Demagogieverfolgungen auf Seiten der Vorgesetzten stellten, unter denen ein gewisser Schmalz, damals Rektor der Berliner Universität, einen hervorragenden Rang einnahm. Das Geschlecht der Schmalzgefellen ist noch nicht ausgestorben, und unser verkommenes, jedes Freiheits- und Ehrengedankes beraubtes Bürgerthum sorgt dafür, daß es nicht an Nachwuchs fehlt. Von der traurigen Rolle, die ein Theil der Bergakademie in Freiberg (Sachsen) spielte und von dem Erfolg ihrer denunziatorischen Kadaverthätigkeit haben wir schon gestern berichtet. Wie wir heute weiter erfahren, haben die Schmalzgefellen, statt die Vorlesungen zu besuchen, sich einen „urhidelen“ Kneiptag („Freiheitskneipen“, der bis zum anderen Morgen dauerte) bereitet, worauf dann der hochwohlweise Senat vier der sozialdemokratischen Uebeltäter relegirte (von der Akademie fortwies). Aus der Kneipe zogen hierauf die siegreichen Studenten ins Kolleg, ließen die Herren Professoren hochleben und — die Bergakademie Freiberg hat vorläufig Ruhe. Kann man sich etwas Erbärmlicheres denken? Was würden die Väter und Großväter dieser Schmalzgefellen gesagt haben, wenn zu ihrer Zeit ein Student sich solcher Niedertracht schuldig gemacht hätte? Und auf diesem verkommenen Geschlecht ruht die Zukunft der Bourgeoisie. Gut für uns. —

Ein polnischer Abgeordneter schreibt der „Germania“:

„Die Rechnung, welche man auf Grund des Ausfalls der Wahlen über das Schicksal der Militärvorlage macht, schwankt hin und her, und in der That wird man z. B. wohl kaum etwas Bestimmtes feststellen können. Ein Fehler aber findet sich bei den meisten: Man rechnet die neunzehn Polen unter die Freunde der Militärvorlage. Wie wir aber schon früher ausführten, ist das absolut falsch, eher könnte man, unter der Voraussetzung, daß der Fraktionszwang in der Abstimmung aufrecht erhalten bliebe, sie alle als Gegner ansprechen; denn die Majorität steht jetzt auf Seiten der Gegner. Rechnet man ihnen aber auch nur die Hälfte zu, so ändert sich schon das Bild; und eine Majorität gegen die Regierungsvorlage ist vorhanden.“

Diese schönen Redensarten verfangen bei niemand, der die tapfere Gruppe Koscielski-Admiralski kennt. Sie geht durch Dick und Dünn für die Regierung, und sollten wirklich ein oder zwei versperrte Reinsager darunter sein, so machen sie den Kohl nicht fett. —

Das Herrenhaus hat das Gesetz wegen Aufhebung von Staatssteuern und das Vermögenssteuer-gesetz glatt angenommen. —

Futternoth und Ausfuhrverbot. In einer im Herrenhause abgehaltenen freien Konferenz ist, wie die „Kreuz-Zeitung“ berichtet, die Futternoth erörtert worden. Der preussische Landwirtschaftsminister von Heyden versuchte u. a. nachzuweisen, daß das Ausfuhrverbot auf Heu und Kleie den Bundesrath beschäftige. Dieses Verbot sei nothwendig. Es seien ihm Nachrichten zugegangen, daß auch noch von anderen Stellen als Frankreich allein Anläufe beabsichtigt seien. Man habe dieses Verbot auf Torfstreu und Torfmüll auszu dehnen. Dagegen sei aber das Bedenken aufgetaucht,

mücker noch ebenso finden, und er sie verlassen. Jedes Stück schien pietätvoll genau an derselben Stelle belassen zu sein, an der es sich bei seiner Abreise befand.

André hatte nur zwei Zimmer, die er ganz nach seinem Geschmack eingerichtet hatte, sein persönliches Gepräge aufgedrückt. Das eine war sein im ersten Stock belegener kleiner Salon. Schon beim Eintritt hatte man den Eindruck des Lichts und Freundlichen. Eine ungeheure Spiegelglascheibe, die bis an den Fußboden reichte, erweckte den Eindruck, als könnte man aus dem Zimmer direkt in den Park mit seinem sammtgrünen Rasen hinaustrreten. Ein an der entgegengesetzten Wand des Zimmers angebrachter mächtiger Spiegel warf das Bild der vom Winde bewegten Bäume, der auf dem Rasen tanzenden Sonnenstrahlen, der Vögel, die sich in den Zweigen wiegten, zurück. Man war wie in Licht und Sonnenschein getaucht, wie eingehüllt von Grün und glaubte, sich mitten in dem schönsten Garten zu befinden. Und alles übrige im Zimmer war darauf berechnet, diesen ersten Eindruck festzuhalten und zu verstärken. André sagte häufig, daß man in dieser Welt schon so viel traurige und häßliche Dinge zu sehen bekomme, um wenigstens ein Recht darauf zu haben, in seinem Heim sich von dem Lärm der Straße ausruhen und erholen zu können. Wände, Stühle, Sessel, Couches (Pflaundersitze) waren mit blaßgrüner Seide ausgeschlagen, auf der sich zierliche Blumen- und Epheuranken, Clematis- und Feldblumensträußchen zu einem anmuthigen Muster verschlangen. Ein Künstler hatte es entworfen. Ueppig grüne Blattpflanzen, die hier und da geschickt aufgestellt waren, Blumensträuße in großen Sevres-Basen vereinigten die Natur so schön mit der Kunst, daß man zuweilen die auf die kostbaren Stoffe gezauberten Blumen kaum von den natürlichen, der Erde entsprossenen,

daß angeknüpfte Verbindungen in diesem Falle würden unterbunden werden. Am 6. Juni habe die Staatsregierung für die beteiligten Landestheile wie 1880 die Verfassung erlassen, den Wald für Streu und Torfmüll zu öffnen. Am 17. Juni sei diese Anordnung auf den ganzen Staat ausgedehnt worden. Am 21. Juni seien die Regierungspräsidenten verständigt worden, daß die Staatsforstverwaltung zur Linderung der Noth vermittelst der ländlichen Oberförster beitrage. In dieser Beziehung habe die Staatsregierung alles gethan. Eine fiskalische Ausnutzung liege fern. Es sei Vorsorge getroffen, daß den Bedürftigen geholfen werde. Eine Spekulation mit dem Nothstande sei ausgeschlossen.

Ein Ausfuhrverbot ist wirkungslos, soweit eine ernsthafteste Abhilfe der Futternoth in Frage kommt. Wirken wird es nur nach einer Richtung, auf das deutsche Ausfuhrverbot werden die anderen Staaten mit der gleich schroffen Gegenmaßregel eines Ausfuhrverbotes antworten. Was wird die Folge sein? Die Zufuhr an Futtermitteln wird abgeschnitten, die inländischen Futtermittelproduzenten und Futtermittelhändler, d. h. die Großgrundbesitzer und Großhändler empfangen durch diese Futtersperre das Geschenk von Monopolpreisen. Auf das heimische Angebot angewiesen, muß der kleine Landwirth die Preise zahlen, die hier sein übermächtiger Vizepart, dem er auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist, auf dem Markte diktiert. Was dann? So nützlich die Deffnung des Waldes ist, eine durchgreifende Maßregel für das Reich ist die sofortige Suspension der sehr hohen Futtermittelzölle, ein Hilfsmittel, das der Regierung jederzeit zur Verfügung steht. Die Einzelstaaten aber müssen mit Nothstands-krediten, wie in Hessen, eingreifen. Erst dann wird die Herabsetzung der Frachttarife für Futterstoffe nicht bloß den Agrariern, sondern auch den Kleinbauern nützen. Wo ist das Paradies des sozialen Königthums, wo ist der berufene Bauernschutz? —

Aus Karlsruhe wird unterm 28. Juni gemeldet: Das badische Ministerium des Innern hat die vom Landwirtschaftsrath eingesetzte Kommission zur Berathung der von der Regierung getroffenen Maßregeln zur Beseitigung des Futtermangels auf heute einberufen.

Jedenfalls wäre es geboten, daß in diesem Jahre die Manöver ausfielen, da bei der herrschenden Futternoth für die nothleidende Bauernschaft gesorgt werden muß, nicht für Kriegsspiele, über deren Nutzen und Nothwendigkeit sich streiten läßt. —

Der Bericht der Reichsschulden-Kommission ist dem Bundesrath zugegangen. Der Bericht behandelt die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches; über ihre Thätigkeit in Ansehung der ihr übertragenen Aufsicht über die Verwaltung des Reichs-Invaldenfonds und des Fonds zur Errichtung des Reichstagsgebäudes; über den Reichs-Kriegsschatz und über die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der von der Reichsbank auszugebenden Banknoten. Dem Bericht entnehmen wir folgende einzelne Angaben. Im Reichs-Kassenscheinen befinden sich im Umlauf 120 Millionen M., und zwar in 1400 000 Stücken à 50 M. = 70 Millionen M., in 1600 000 Stücken à 20 M. = 30 Millionen M., und in 4 Millionen Stücken à 5 M. = 20 Millionen M. An Reichs-Banknoten hatte die Reichsbank im ganzen zu liefern 182 600 000 M. Daraus sind geliefert seit dem 27. Februar 1892 136 100 000 M., und es sind daher noch 46 500 000 M. in Noten zu 100 M. rückständig. Im ganzen sind 3 552 660 000 M. in Banknoten an die Reichsbank abgeliefert worden. —

Parlamentarisches. Die „National-Zeitung“ schreibt: „Was die Militärvorlage betrifft, so gilt es jetzt als wahrscheinlich, daß die zweite Lesung nicht so gleich im Plenum vorgenommen wird. Man dürfte es vorziehen, den Entwurf, mit Rücksicht auf die zahlreich neu in das Haus eintretenden Mitglieder, vorerst einer Erörterung in der Kommission zu unterziehen, für welche man aber nur eine kurze Zeitdauer in Anschlag bringt. Die Sommer-session würde danach etwa drei Wochen in Anspruch nehmen und in der letzten Juliwoche geschlossen können.“ —

Die Münchener Epidemie. Amtlich wird unterm 28. Juni gemeldet:

Die gestern zusammengetretene Zivil-Militärkommission anerkannte auf Grund eingehendster Untersuchungen, insbesondere auf Grund der Krankheitserscheinungen alsseitig, daß feinerlei Vergiftung durch Nahrungsmittel, insbesondere durch Konserven und Edelegenase bei dem Leibregiment statt-

unterscheiden konnte. Der Plafond war als ein von leichten Wölken bedeckter Himmel gemalt, ein Himmel so zart und duftig, wie er Paris im Frühlingsgemach der Harmonie. Einige Werke zeitgenössischer, Pariser Künstler schmückten den Raum, nichts von Nippes, nichts von jenen erotischen Merkwürdigkeiten, die man zu sehen, die einen modernen Salon in den meisten Fällen einem kosmopolitischen Bazar, einer Weltausstellung in Miniaturform ähnlich machen. Nur zwei Gemälde schmückten die Wand: ein Corot, im ersten Frühlingsgrün prangende Birken darstellend, die unter der Morgenkühle gleichsam zusammenzuschauern schienen, — dann eine Landschaft von Lausper, die eine Wiege noch feucht vom Thau und leuchtend unter dem durchsichtigen Nebelschleier, der über ihr ruhte, darstellte. Wenige Möbel, eine Chiffonière, ein Tisch, ein Wandtischchen aus hellem, weißgeadertem Thornholz von eigenartiger Form. André hatte sie für sich nach seinen eigenen Weisungen anfertigen lassen. Wenn es wahr ist, daß man aus der Einrichtung eines Zimmers auf den Charakter und die Geschmacksrichtung seines Bewohners schließen kann, so konnte man bei dem Herrn dieses Quartiers eine gewisse Abneigung gegen die landläufigen Ansichten voraussehen. — „Dein Salon wird aber eher ein Boudoir werden, als irgend etwas anderes“, hatte man ihm seinerzeit gesagt, als er die ersten Anordnungen traf. „Ein Boudoir soll es auch sein!“ hatte er geantwortet, und seinen Willen durchgesetzt. Wenig lag ihm daran, was andere dazu sagen würden, wenn er nur ein sicheres Asyl gegen able Laune hatte, ein Fleckchen, das ihm einen beständigen Anreiz zu holden Träumereien gab.

(Fortsetzung folgt.)

gefunden habe. Die Zahl der Auphuserkrankungen wurde bis gestern mit 824, der Todten mit 17 angegeben. Die Sektionen dauern fort.

Woher denn das Massensterben, die Massenerkrankungen? Unser Bruderblatt, die „Münchener Post“ beziffert die Zahl der Todten auf 57. —

Schweiz. Die Tagung der Bundesversammlung ist am 29. Juni geschlossen worden. Im Oktober finden Neuwahlen statt.

Zum Berner Krawall. In einer Korrespondenz der „Kreuzzeitung“ (Aus der Schweiz, 24. Juni) wird der Wahrheit bis zu einem gewissen Punkte die Ehre gegeben. Es heißt da:

Uebrigens wird behauptet, die Behörden hätten zum voraus Wissen davon gehabt, daß etwas im Werke sei, auch sei ein Bau-Unternehmer davon avisirt worden. Dann wäre es aber jedenfalls auffallend, daß man sich nicht schon früher einer militärischen Besatzung versichert hätte. All' das enthebt indessen nicht von der Pflicht, dem tiefen Grunde des Krawalles nachzuspüren. In der That läßt sich der Schritt der verführten Arbeiter gewissermaßen erklären, denn es giebt Maurer und Handlanger, welche bei strenger Arbeit im Sommer täglich etwa 2 Fr. 80 Rp. verdienen, damit ihre Familien erhalten müssen und im Winter keine Arbeit haben. Mithin werden sie zu Dutzenden entlassen, nicht immer aus Verschulden der einzelnen, und werden an ihrer Stelle billigere ausländische Arbeitskräfte eingeführt, die beim Herannahen des Winters wieder heimwärts ziehen, ohne einen Pfennig Steuer zu bezahlen.

Wenn der Schritt der Arbeiter „sich erklären läßt“ — aus ihrer Lage — dann brauchen sie nicht „verführt“ zu sein. So viel Logik kann man von der „Kreuzzeitung“ jedoch nicht erwarten. Genug, daß sie so viel Zugeständnisse macht. Weiteres findet der Leser in unserer Berner Korrespondenz, die leider über den Gesundheitszustand des braven Waffliess ungünstiges mittheilt. —

Von der Boulangé. Der boulangistische Abgeordnete Boudeau wurde wegen Betruges und Schwindels zu dreijähriger Gefängnisstrafe verurtheilt. Er hatte in Gemeinschaft mit einem Genossen ein sogenanntes Bankgeschäft gegründet und seinen Kunden durch Vorspiegelung des Verkaufs von Boesen gegen Zehnjahrlungen 300 000 Franken abgenommen.

Die serbische Stupschtina genehmigte in zweiter Lesung den Handelsvertrag und die Veterinärkonvention mit Oesterreich-Ungarn mit 112 gegen 1 St. —

Chinesengesetz in der Kapkolonie. Die Regierung der Kapkolonie wird, laut Ankündigung des Premierministers Cecil Rhodes, in der dorthigen Volksvertretung in der nächsten Session Gesetze gegen die Einwanderung von Asiaten (insbesondere Chinesen und Malaien) einbringen. Dieselben dürften sich im allgemeinen an die Chinesen-Gesetzgebung der Vereinigten Staaten von Nordamerika anschließen. —

## Zum Berner Krawall.

Bern, den 27. Juni.

An der Spitze der Erörterungen in Arbeiterkreisen steht das Gerücht von einem Zustand krankhafter Erregung, die sich unseres Arbeiters Waffliess infolge seiner Verhaftung bemächtigt habe. Er verweigere Nahrung zu sich nehmen, auch soll ein regelrechtes Verhör infolge seines Zustandes bis jetzt unmöglich gewesen sein. Es ist klar, daß die ganze Art und Weise der Verhaftung Waffliess, bei dessen sonst schon nervös erregter Natur auf seinen Gemüthszustand einen nachtheiligen Einfluß auszuüben geeignet war. Die Erregung über diese Thatfachen ist in Arbeiterkreisen gewaltig. Vielleicht wird auch in andern Kreisen jetzt die Angelegenheit mit andern Augen betrachtet.

Es wäre unnütz, noch viele Worte darüber zu verlieren; heute wird das Volk, später die Welt zeigen auf die, welche die Verantwortung tragen an der Verhaftung Waffliess.

Die provisorische Bürgerwache, von der ich Ihnen schrieb, hat sich nun zu einer definitiven staatlichen Parteibewaffnung verdedigt, der man verschämterweise den aus aller Revolutionsgeschichte zweifelhaften Namen „Bürgerwehr“ gegeben hat. Abgesehen vom Werth oder Unwerth dieser Institution fragt man sich, und zwar auch in bürgerlichen Kreisen, ob ein solches Vorgehen der Behörden geeignet sei, die bestehende Aufregung zu vermindern. Es ist selbstverständlich und durch die Erfahrung bestätigt, daß in diese Bürgerwehr nur absolut „zuverlässige“ Elemente aufgenommen werden. Nicht nur in Parteikreisen, sondern auch in einem weiteren Publikum glaubt man durch diese Klassenbewaffnung die öffentliche Sicherheit weit eher gesichert, als gefährdet. Und hieraus bezugnehmend hört man viele spöttischerweise sich dahin äußern, sie wollten um die Erlaubnis Waffen zu tragen bei den Behörden einkommen, da die öffentliche Sicherheit erst recht jetzt nichts weniger als garantiert sei.

Der „Einwohnerverein“ hat jetzt seinen längst herbeigesehnten und endlich zu stande gedachten „Aufbruch“, und nun beginnt der zweite Akt seiner Thätigkeit: es heißt nun „Zeugen“ (!) finden gegen die Tumultuanten und besonders gegen unsern Genossen Arbeiterssekretär Dr. Waffliess. In unseren Arbeiterkreisen zählt man nicht mit allzugroßer Bestimmtheit auf die Unparteilichkeit der Berner Gerichte, und es fragt sich, ob nicht mit Mühe und Noth Belastungsmaterial gegen Waffliess aufgetrieben werden kann, das einige Handhabe bietet, um ihn für einige Zeit, oder für immer!, unschädlich zu machen. Uebrigens ist es sehr wahrscheinlich, daß die Sache vor eidgenössischen Gerichten zum Spruch kommt.

Nach Karl verdrillter und auch in zahlreichen Zeitungen vertretener Ansicht liegt eine eidgenössische Intervention im Sinne des Art. 18 eidg. Bundesverfassung vor, und damit ist die Angelegenheit der kantonalen Kompetenz entzogen. Die Berner Regierung möchte natürlich die eidgenössische Intervention ignoriren, und unsere Reptilblätter machen unbewußt die possiblichsten Sprünge, um die eidgenössische Intervention als „selbstverständlich nicht vorhanden“ hinzustellen. Eine schätzbare Rolle spielt dabei besonders der unbegreiflicher Weise im Auslande als „offiziell“ sich eingeschwindelt habende „Bund“, dessen Chefredakteur auf Reisen geht und Dilettanten-Gastspiele in Richard Voks' Jürg Jenatsch giebt. Mag nun die Sache vor die kantonalen Gerichte oder vor ein sicher mit der urtheilenden eidgenössischen Gericht kommen, fest steht, daß die ganze Angelegenheit Wasser auf unsere Mühle ist. Momentan wird sich zwar ein Rückschlag wohl nicht abzuwenden lassen, aber wenn einmal Vernunft und ruhige Ueberlegung wieder Platz greifen, was ja nicht einmal bei allen Mitgliedern des „Einwohner-Vereins“ ausgeschlossen ist, werden uns um so zahlreicher die Massen zufließen. Denn man wird sehen, daß mit der Proklamation und Unterdrückung eines Volksaufstands weder die soziale Frage gelöst, noch die Sozialdemokratie „vernichtet“ ist. Ein Mittel allerdings ist den Behörden geboten, um wenigstens momentan die Stimmung, und gewiß nicht zu ihren Ungunsten zu verbessern; sie soll den Arbeitslosen Arbeit geben. Solche könnte leicht verschafft werden. Aber „sie sollen mirbe werden!“ sagen die, welche im Augenblick das Fest in der Hand haben. Und sie zeigen sich

auch sonst gerne als die Herrn der Lage. Die Deputation von Arbeitervertretern, welche während des Krawalls mit den Behörden unterhandelte, wurde von dem „bereits regierenden“ Stadtpräsidenten Müller, der einzig und allein den Arbeitern seinen Nationalratsbesitz zu verdanken hat, und der jetzt Bundesrath studirt, in wenig zuvorkommender Weise behandelt. Er ließ den Arbeiterssekretär Waffliess hart an, als er sich zum Wort meldete, Waffliess wird überhaupt nicht als gleichberechtigter Landesbürger von den vornehmlichen Patrioten betrachtet. Ihr erster Wunsch ist, Waffliess zu expatriiren, ihr zweiter ein schönes, nettes Sozialistengesetz zu bekommen. Am liebsten freilich schwelgen sie in dem Gedanken, die Sozialdemokraten vogelfrei zu erklären. Diesen Kerger bereitet es unsern „besseren Elementen“, daß das Vaterland, die liebe, freie Schweiz mit den ewigen Bergen und anderen schönen Einrichtungen, so elend blamirt sei vor dem Auslande. Man habe es bisher den großindustriellen Staaten überlassen, Arbeiterunruhen zu haben, und nun mache die Hauptstadt dem ganzen Lande die Schande, auch eine soziale Frage zu haben. Schrecklich! Aber das bessert sich alles, sobald die Grundursache aller ökonomischen Ungleichheit, Dr. Waffliess, entfernt ist. Soweit reichen die nationalökonomischen Kenntnisse unserer Philister!

Sie sehen, es ist bei uns alles wie bei Ihnen. Aber etwas haben wir uns doch als Monopol vorbehalten und das ist der gräßliche Stadtrath von Bern.

Gestern Abend nämlich war unser Stadtrath versammelt, um Bericht entgegenzunehmen über die Vorgänge seit dem 19. Juni, und dem Gemeinderath seine Billigung auszusprechen über die getroffenen Vorkehrungen zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“. Auf der Tribüne war eine zahlreiche Durradnaille versammelt. Stadtpräsident Müller gab seinen Bericht von sich. Nach besonders zugkräftigen Stellen machte er jedesmal eine Kunstpause und verständlichvoll rief der moralische Pöbel auf den grünen Banken und auf den Tribünen „Bravo“! Als unser Genosse, Stadtrath Professor Reichel, das Wort ergriff und auch seinerseits die Vorgänge schilderte und, alles in durchaus ruhiger und maßvoller Weise, die Sachlage einer Prüfung unterzog, da gräßelte der Stadtrath. Ich glaube mich mitten in den Krawall versetzt, es fehlten nur die Polizeisten mit ihren Säbeln und Schlegeln. Eine Kritik ist wohl nicht notwendig. Jedermann, wenn er vom Berner Stadtrath einmal etwas hört oder liest, wird denken:

Der hat einmal gegröhlt!

## Ämtliche Ergebnisse der Stichwahlen.

### Sozialdemokratische Kandidaturen.

Niederbarnim. 6. Potsdam. Abgegeben 88 568 St. Davon erhielt Stadthagen S 18 710, Dr. Jrmel R 17 853. Ersterer gewählt.

Jand-Belzig. 9. Potsdam. Abgegeben 22 097 St. Davon Dr. Kropatsch R 12 727, Gerischer S 9320. Ersterer gewählt.

Frankfurt Stadt. 4. Frankfurt a. O. Abgegeben 24 807 St. Danks R 13 649, Rehner S 11 158. Ersterer gewählt.

Remark. 8. Breslau. Abgegeben 20 067 St. Davon Graf zu Sumburg-Sirum R 11 920. Stimmzahl des Gegenkandidaten Schüh S fehlt.

Waldenburg. 10. Breslau. Abgegeben 23 949 St. Davon Müller S 12 299, Dr. v. Ritter R 11 650. Ersterer gewählt.

Wahlhausen-Langensalza. 3. Erfurt. Abgegeben 17 509 St. Davon Klemm R 11 027, Keußergerling S 6482. Ersterer gewählt.

Aprenrade-Hensburg. 2. Schleswig-Holstein. Abgegeben 18 201 St. Davon Jelsen R 8676, Mahle S 4525. Ersterer gewählt.

Lauenburg. 10. Schleswig-Holstein. Abgegeben 8830 St. Davon erhielt Graf v. Bernstorff R 4945, Lesche 8885. Ersterer gewählt.

Hann. 8. Kassel. Stroh R 12 927, Hoch S 11927 St. Ersterer gewählt.

Hagen. 4. Arnberg. Abgegeben 21 833 St. Davon Eugen Richter R 13 060, Brell S 8773. Richter gewählt.

Hannover-Linden. 8. Hannover. Abgegeben 88 088 St. Davon erhielt Reijter S 22 014, Lichtenberg R 16 074 St. Ersterer gewählt.

Godlar-Jellerfeld. 13. Hannover. Abgegeben 18 397 St. Davon Engels R 10 219, Wille S 7988. Engels gewählt.

Greifmünde-Lehe. 19. Hannover. Abgegeben 18 102 St. Davon Dr. Friedrich Hahn (Bd) und Hospitant der R) 11 669, J. P. Schmalfeldt S 6483. Hahn gewählt.

Dresden links der Elbe. 5. Sachsen. Abgegeben 88 046 St. Davon Jümmermann R 19 557 St., Dr. Gradnauer 16 189 St. Ersterer gewählt.

Dresden-Land. 6. Sachsen. Abgegeben 88 980 St. Davon Jänichen R 17 087 St., Horn S 16 943 St. Ersterer gewählt.

Meißen. 7. Sachsen. Abgegeben 22 233 St. Davon erhielt Lieber R 18 344 St., Goldstein S 8889 St. Ersterer gewählt.

Döbeln. 10. Sachsen. Abgegeben 19 982 St. Sachse R 10 919 St., Grünberg S 9023 St. Ersterer gewählt.

Annaberg. 21. Sachsen. Abgegeben 19 784 St. Davon erhielt Dr. Böhm R 11 024 St., Grenz S 8760 St. Ersterer gewählt.

Weimar. 1. Weimar. Kalmring R 12 495, Baudert S 9782.

Epyer. 1. Pfalz. Abgegeben 22 390 St. Davon erhielt Clemm R 14 256, Erhardt S 8134 St. Ersterer gewählt.

Hagenau - Grevermühlen. 1. Mecklenburg-Schwerin. Abgegeben 14 425 St. Davon erhielt Kettich R 9428, Rathmann S 4996 St. Ersterer gewählt.

Schwerin. 2. Mecklenburg-Schwerin. Abgegeben 18 927 St. Davon v. Biered R 10 174, Groth S 8753 St. Ersterer gewählt.

Rostock. 5. Mecklenburg-Schwerin. Abgegeben 19 989 St. Davon v. Burtha R 10 805, Kretschmann S 9184 St. Ersterer gewählt.

Wolfsbüttel. 2. Braunschweig. Abgegeben 21 085 St. Schwerdtfeger R 13 598, Benzels S 7487 St. Ersterer gewählt.

Holzwinden. 3. Braunschweig. Abgegeben 16 865 St. Davon Krüger R 10 889 St. Stimmzahl Falwer's S. fehlt.

## Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien.

Rügen - Stralsund. 1. Stralsund. Abgegeben 15 188 St. Davon v. Langen R 9773, v. Reubell R 5415 Stimmen. Ersterer gewählt.

Grünberg. 1. Siegnitz. Abgegeben 17 522 St. Davon erhielt Mündel R. 10 150, Beuchelt R 7372 Stimmen. Ersterer gewählt.

Landshut-Jauer. 7. Siegnitz. Abgegeben 18 484 Stimmen. Davon Dr. Herms R. 10 851, Scholz R. d. Landw. 7633 St. Ersterer gewählt.

Marburg. 5. Kassel. Abgegeben 12 790 Stimmen. Davon Bödel R 8773, Rude R 3982 St. Ersterer gewählt.

Siegen-Wittgenstein. 1. Arnberg. Abgegeben 12 102, Stöber R 11 009 gewählt.

Kreuznach-Simmern. 4. Koblenz. Abgegeben 11 133, Graf v. Gemgisch Ersterer gewählt.

Offen. 5. Düsseldorf. Abgegeben 47 547 Stimmen. Krupp R 25 057, Stöbel R 22 497 St. Krupp gewählt.

Nachtrag:

Auerbach. 22. Sachsen. Ämtliches Resultat der Hauptwahl. Hofmann S 13 212, Opitz R 11 925.

## Die Reichstagswahlen.

Ueber den Ausfall der Wahlen in Sachsen schreibt man uns: Unsere sächsischen Offizien arbeiten diesmal sehr langsam. Der Ausfall der Wahlen muß ihnen ganz und gar nicht passen. Um eine bessere Uebersicht über das Stimmverhältniß zu geben, greifen wir auf 1867 zurück. Es standen sich folgende Zahlen gegenüber:

	Sozialdem.	Gesamt-Bezwger	Differenz
1887	149 270	389 788	220 488
1890	241 187	330 485	99 298
1893	273 000	819 000	45 000

Die von den Konservativen einst so gehäffelten Antisemiten, die sich in Sachsen in allen Schattierungen ins Zeug legten, sind nun den „Ordnungsparteien“ furchtlich geworden. Wie bekannt, trat in dem einen Kreis ein Antisemit als nationalliberaler Kandidat auf, während sich derselbe Mann, Schubert ist sein Name, in einem anderen Kreise als wackelhafter Antisemit aufspielte. Auch das antisemitische Glaubensbekenntniß des Kandidaten der Leipziger Nationalliberal-Konservativen, Herrn Haffe, beweist, daß eigentlich von einem Nationalliberalismus alten Stils gar nicht mehr gesprochen werden kann. Die nationalliberalen Helden trauen sich nicht mehr heraus mit ihrem alten Namen, weil zu viel Schmutz daran haftet. Durch das Erscheinen der Antisemiten auf dem Kampfplatz ist aber die Gruppierung der Gegner sehr verschoben worden. Dies zeigt folgendes Bild:

	Reichsp.	Natl.	Ant.	Freil.
1887	178 577	161 548	—	29 878
1890	180 407	112 514	4 780	52 776
1893	135 709	85 741	116 013	80 489

Die einzige Partei, die behändig zugenommen hat, ist die Sozialdemokratie, die Freisinnigen sind wieder auf dem Status von 1887 angelangt, während die übrigen Parteien dem Antisemitismus einen nicht unbedeutenden Raum überlassen mußten. — Stellt man Berechnungen an über die Haltung der Wähler zur Militärvorlage, so kommen wohl die Sozialdemokraten mit dem Freisinn zusammen und ergibt sich eine Zahl von 808 500, während die übrigen Parteien sammt den Antisemiten 287 500 auf sich vereinigen. Die 118 000 antisemitischen Stimmen dürfen aber nicht ohne weiteres den Militärfeinden zugesählt werden, denn die Antisemiten in der Dresdener Gegend (Bödel-Zimmermann'sche Richtung) unterscheiden sich ganz gewaltig von den Liebermann'schen im westlichen Sachsen. Etwa Dreiviertel der Antisemiten wollen die Militärvorlage nur dann bewilligen, wenn die Dedung dem kleinen Mann nicht aufgehält wird. Das haben die antisemitischen Führer den Wählern erzählt, und die antisemitischen Wähler haben es geglaubt und denken nun, die Antisemiten werden ihren Willen im Reichstag durchsetzen. Im 1. Wahlgange wurden gewählt 7 Sozialdemokraten, 8 Konservativen und 1 Antisemit; und in der Stichwahl errangen die Freisinnigen (mit unserer Hilfe) 2 Siege (Zittau und Böbau), die Antisemiten 6, die Konservativen 2. Ferner wurden zwei „Halbwilde“ gewählt; Herr Prof. Haffe, der mehr Antisemit als Nationalliberaler zu sein vorgiebt (andernfalls wäre er garnicht gewählt worden) und Herr Böhm, ein Ueberbleibsel des weiland sächsischen Kammerfortschritts. Diese beiden Herren werden nun aber jedenfalls den Nationalliberalen zugesählt, sonst gingen diese ja ganz leer aus. Daß wir in der Stichwahl keine Siege errangen, entspricht der sächsischen Parteigruppierung vollkommen. Entsprechen nun die Resultate in manchen Beziehungen nicht den Anstrengungen, so sind wohl aber alle Genossen darin einig, daß Lamentationen nichts bessern können. Aber sicher ist, daß unsere Genossen die jetzige Bewegung wahrnehmen und sie zu den Landtagswahlen ausnützen werden. Wie verlanst, sollen die Landtagswahlen bereits im September stattfinden; da giebt es keine Zeit zu verlieren.

## Parteinachrichten.

Zur Stichwahl in Stuttgart schreibt die „Schwäbische Tagwacht“: Was noch dazu beitragen mußte, die Chancen des Sieges für uns zu verringern, das war der höchst ungünstige Tag der Stichwahl, und zwar ungünstig wegen der an diesem Tag stattfindenden Lohnzahlung. Die Arbeiter, die in der Stadt ihr Brot verdienen, oder auswärts wohnen und zu wählen haben, sind in gegenwärtiger Zeit nicht so situiert, daß sie einfach die Empfangnahme ihres Lohnes bis Montag verschieben können, um nicht eingehalten zu werden, und demgemäß noch rechtzeitig zur Ausübung des Wahlrechtes am Wohnort erscheinen zu können. Manche Arbeitgeber wußten nun auch in der That ihre Leute mit Auszahlung des Lohnes hinzubehalten, bis es zum Wählen zu spät geworden war.

Auch in Saarburg bei Trier, wo bisher von sozialdemokratischen Stimmen noch keine Rede war, hat die Partei zum Kerger der Gegner Wurzel gefaßt. Zum ersten Male enthielten bei der Hauptwahl 58 Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten Beyand, trotzdem von einer in Frage kommenden Agitation wenigstens äußerlich keine Rede sein konnte. In dem kleinen Orte Tabern lauteten von 86 abgegebenen Stimmzetteln 80 auf Beyand. An einer Gerberei dieses Dorfes war ein Zettel angebracht, worauf zu lesen war: „Bin ich dumm, wähl' ich Jentrum; nur der Verband wählt Beyand.“

Gemeinderathswahlen. Bei der Wahl der Ortsvertretung in Dellindorf bei Kiel haben die Parteigenossen einen glänzenden Sieg errufen. Von hundert in der dritten Klasse abgegebenen Stimmen erhielten die drei sozialdemokratischen Kandidaten je 94, 94 und 86 Stimmen.

## Briefkasten der Redaktion.

A. J. Zum Selbstunterricht in der deutschen Sprache sind unserer Ansicht nach die im Verlage von Langenscheidt Berlin erschienenen „deutschen Sprachbriefe“ von Daniel Sanders zu empfehlen. Der Preis dieses Werks stellt sich zwar auf 20 Mk., doch können Sie dasselbe auch in 20 Lieferungen à 1 Mk. durch jede Buchhandlung beziehen.

Güter für Viele. Ueber die Kandidatenfrage steht den Parteigenossen des in Frage kommenden Ortes einzig die Entscheidung zu.

Geizh. Es besteht nur ein Bivisionsspruch; Strafbases liegt in der Abschaffung unserer Darlehensbank.

A. D. Die Abschaffung des Arbeitslohnes ist unzulässig. St. Ueber das Verbot darfs allerdings auch die Bildung der Kaiserlichen Wahlen.

halt der Inserate über-  
redaktion dem Publikum  
keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, den 30. Juni.  
Opernhaus. Der Rigeuner.  
Neues Theater. Ein Schritt vom  
Wege.  
Deutsches Theater. Faust.  
Berliner Theater. Der Flüchtling.  
Die Eine weint, die Andere lacht.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
Boccaccio.  
Kroll's Theater. Romeo und Julia.  
Viktoria-Theater. Frau Venus.  
National-Theater. Ein Winter-  
märchen.  
Adolf Ernst-Theater. Der Schwie-  
gerpapa.  
Alexandereplatz - Theater. Vor  
Sonnenaufgang.  
Winter-Garten. Spezialitäten-Vor-  
stellung.  
Apollo - Theater. Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Spezia-  
litäten-Vorstellung.  
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-  
Vorstellung.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Volksvorstellung.  
Gastspiel der Königl. Hofchauspielerin  
Fräulein Julia Behre.  
Ein Wintermärchen.  
Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare.  
Musik von R. von Plotow.  
Regie: Max Samet.  
Rassendöffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der  
Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Im Garten auf d. Sommerbühne.  
Die Konfektionseuse.  
Vollständ. u. Gesang u. Tanz in 4 Akten  
v. Gg. Friedrich. Regie: Fritz Schäfer.  
Vor und nach der „Konfektionseuse“:  
Aufftreten von Spezialitäten 1. Ranges.  
Morgen: Volks-Vorstellung. „Der  
Richter von Zalamea“.  
Sonntag: „Graf Essex“.



### Passage- Panopticum.

Neu:  
Blaue Grotte.  
Neu:  
Geistertisch.  
Das Wunderpferd.  
Täglich 6-10:  
Spezialitäten-Theater  
ohne Extra-Entree.

### Castan's Panopticum.

Neu:  
Der Tod als Erlöser.  
Neu:  
Die Schreden des Meeres.  
Bauern-Aufstand!  
Musik. Vorstellungen.  
Irrgarten. — Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété  
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
Im pracht. Sommergarten  
täglich  
Gr. Garten-Concert  
und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Bei ungünstigem Wetter findet die  
Vorstellung im Saale statt.  
Anfang: Sonntags 6 Uhr.  
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

### Schweizer-Garten

am Königsthor.  
Täglich:  
Concert, Theater  
und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Geschwister Rigoll, Familie Carlo,  
Mr. Famera, Max Grabow, Gebr.  
Dissenato, Emma Lucas,  
Troupe Columbia und Gebr. Veroron.  
Im Saale: **BALL.** (4199L)

### Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie,  
Cobelin, Plüsch und bunten  
Macquets Spotbillig!  
Proben franks!  
Berlin S.,  
Oranienstraße  
158

### Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten.  
Heute, Freitag, den 30. Juni:  
GröÙe große Sport-Vorstellung.  
„Tandem“, doppelte hohe Schule, ge-  
ritten vom Direktor. Borillo, Dandolo,  
Umberto und Polico, 4 Fuchshengste,  
in Freiheit vorgeführt vom Direktor.  
Grosses Hurdle-Rennen, geritten von  
mehreren Damen und Herren der Gesell-  
schaft mit ca. 20 der besten Springpferde.  
Neuer Auftreten der besten Reiter und  
Reiterinnen, Künstler u. Künstlerinnen,  
Spezialitäten und 16 Clowns.  
In Vorbereitung: Die Erschaffung  
des Weibes oder: Das Weib durch die  
Jahrhunderte. Große Ausstattungs-  
Pantomime, mit durchweg neuen De-  
korationen, Kostümen, Requisiten etc. etc.  
(Gefällig gefächelt.)  
Achtungsvoll  
Ernesto Ciniselli, Direktor.

### Gratweil'sche Bierhallen.

Kommandantenstr. 77-79.  
Täglich:  
Aufftreten der Leipziger Sänger  
vom Freyhall-Palast.  
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.  
Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.  
Anerkannt gute Küche.  
Säle für  
Festlichkeiten und Versammlungen.  
Carl Koch.

### Ostbahn-Park

am Küstriner Platz,  
(Hermann Jmbs)  
Räderdorferstr. 71, am Ostbahnhof.  
Täglich: Konzert,  
Theater u.  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Pantomimisten-Truppe Garetton,  
urkom. Taximeter-Droschkenfahrt,  
Mr. De Dolfs, Regier-Trenschic etc.  
Volksbelustig. jeder Art. 4 Regel-  
bahnen zur Verfügung.

### Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.  
Täglich: Instrumental-Konzert.  
Großer Frühstücks- u. Mittags-  
tisch. Spezial-Ausschank von Pater-  
hofer Lagerbier, hell und dunkel.  
An Sonn- und Festtagen  
findet das Konzert in den oberen  
Sälen statt.  
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.  
Säle für Versammlungen, Kommerze,  
Festlichkeiten etc.

### Norddeutsche Brauerei.

58. Chaussee-Strasse 58.  
Täglich:  
Concert.  
Wochentags Entree frei.  
Bei ungünstiger Witterung im Saal.  
Die neu eingerichtete Kaffee-  
küche ist den geehrten Gästen von 2  
bis 6 Uhr geöffnet! 4146L

Haupt-Geschäft  
nebst grossem Restaurant  
und Billard-Salon.  
**OSWALDNIER'S**  
Reine  
ungegypste  
**WEINE.**  
Berlin W.  
Leipziger-Strasse 119-120.  
„Wer Oswald Nier's Weine nicht trinkt,  
trinkt selbst den grössten Schaden.“ Fürst von Bismarck's Worte.  
(No. 57.) Preise pro 1 ganzes Liter:  
No. 1. roth u. weiss Mk. 1.— No. 2. roth u. weiss Mk. 2.— Anzahl.  
No. 3. „ „ „ 1.20 „ 6. „ „ „ 2.60 Preis-  
No. 4. „ „ „ 1.40 „ 7. „ „ „ 3.— Coorant  
No. 5. „ „ „ 1.60 „ 8. „ „ „ 3.— gratis und  
franco.

**Oranien-Bad**  
Oranienstrasse 44.  
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.  
Dampfbaden-Bäder.  
Einpachung und Massage.  
Leitungswasser. 4310L

**Jamaica-Rum,** (181M)  
acht Verschnitt u. Fac., Literfl. 1.10, 1.60, 2.10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger.  
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literfl. M. 2.10.  
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1.20.  
Echt Stonsdorfer Bitter-Whisky, Liter 1.20, 5 Str. 5.50, 10 Str. 10.  
Cognac fine Champagne, 1/4 Literfl. 3.50, 4.50, 5.50, 7.50, 12.  
**Eugen Neumann & Co.,**  
Allianz-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise der Liebe  
und Theilnahme bei der Beerdigung  
unseres unvergesslichen Entschlafenen,  
Julius Langjahr, sagen wir hiermit  
unsern tiefgefühlten Dank.  
651b  
Louise Langjahr u. Kinder.

### Neue freie Volksbühne.

„Cartouche“ von Molière.  
Sonntag, den 9. Juli, I. Abtheilung.  
Sonntag, den 16. Juli, II. Abtheilung.

Beim Preisregeln auf dem Waldfest  
haben folgende Nummern gewonnen:  
47 50 86 105 128 155 164. Die  
Preise sind abzuholen Friedrichsberger-  
strasse 4, 1 Tr. rechts, 7-9 Uhr Abends.

Die aus der Püderverloosung  
nach abzuhenden Gewinne werden  
bei R. Bortolt, Holzmarktstrasse 50, im  
Bankgeschäft, von 9-12 und 1 1/2 bis  
5 Uhr auf folgende Nummern aus-  
gehändigt: 8 16 19 36 42 61 64  
65 75 78 81 83 87 88 91 107  
110 114 139 140 166 168 171  
182 186 226 265 297 331 332  
334 340 346 405 418 467 511  
523 524 551 553 569 573 585  
591 615 618 747 754 775 914  
1081 1041 1074 1152 1160 1192  
1287 1305 1311 1312 1320 1327  
1329 1343 1354 1387 1392 1393  
1398 1403 1501 1532 1534 1560  
1701 1712 1720 1724 1737 1759  
1766 1771 1773 1774 1836 1837  
1919 1982 2014 2071 2092 2093  
2097 2129 2153 2154 2164 2178  
2185 2212 2216 2218 2264 2274  
2276 2283 2296 2334 2354 2390  
2391 2421 2440 2454 2479 2500  
2576 2579 2582 2614 2622 2706  
2709 2728 2731 2737 2746 2766  
2798 2801 2813 2892 2894 2914  
2916 2918 2919 2933 2950.

### Verband der Bauarbeiter u. Berufsg. Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)  
Sonntag, den 2. Juli, Vorm. 11 Uhr,  
im Lokale des Herrn Säger,  
Grüner Weg Nr. 29:  
Mitglieder-Versammlung.  
Tagesordnung:  
1. Berichterstattung in Sachen Ren-  
thaler contra Weber. 2. Diskussion.  
3. Verbandsangelegenheiten.  
Gäste willkommen. Neue Mitglieder  
werden in der Versammlung aufgenommen.  
404/11 Der Vorstand.

Die Neuerungen gegen Fräulein  
Koinicke nehme ich zurück und er-  
kläre, derselben nichts Unehrenhaftes  
nachsagen zu können.  
666b Frau Suchholz.

Genossen empfehle meinen Früh-  
stücks-, Mittags- und Abendtisch.  
Vereinszimmer mit Piano. Für gute  
Getränke sorgt stets 3918L  
**Fritz Fröhlich,** Mann-  
kinderwagen. Grösstes Lager Berlins  
Andreasstr. 23. 5 v

### Moabiter Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80 und 81.  
Täglich:  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung, sowie Concert.  
Anfang 4 Uhr.  
Entree 30 Pf., reservirtes Plaz 50 Pf.  
4127L\* **Heilmuth Peters.**

**Konzertpark „Victoria“,**  
Frankfurter Allee 72-73.  
Sonntag, den 2. Juli 1893:  
**Gr. Wahl-Siegesfest,**  
arrangirt von den Genossen des  
4. Berliner Reichstags-Wahlkreises,  
bestehend in Konzert, Gesang u. Tanz,  
unter Mitwirkung des Jhn'schen Gesangvereins (M. d. N.-S.-B.),  
Dirigent: Herr Jhn.  
Sillerts sind zu haben in allen mit Plakaten belegten Handlungen  
und bei den Vertrauenspersonen. 849/17  
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2 Uhr an zur Verfügung.  
**Das Comité.**

Der Arbeiterverein von Rummelsburg und Umgegend  
feiert am 2. Juli i. d. Köpenicker Heide (nahe Tabor's Waldschlösschen)  
**den Sieg Stadthagen's**  
in Niederbarnim, unter Mitwirkung mehrerer Gesangvereine (M. d. N.-S.-B.)  
mit Musikbegleitung. Abmarsch 12 1/2 Uhr von Borchmann's Lokal,  
Hauptstr. 63. 110/14  
Es bittet um rege Theilnehmung **Das Komitee.**

**Tischler-Verein.**  
Sonntags, den 1. Juli, Abends 9 Uhr, im Lokal Melchiorstr. 15:  
**Versammlung.**  
Ausgabe der Sillerts zu der am 16. Juli stattfindenden Landpartie nach  
Straußberg. 658b **Der Vorstand.**

### Zentralverb. der Maurer Deutschlands

Zahlstelle I, Berlin (Putzer).  
Sonntag, den 2. Juli cr., Vormittags 11 Uhr,  
bei Ehrenberg, Annenstraße 16:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Jakobson über: Die wirtschaftlichen Krisen  
und welchen Werth hat die Gewerkschafts-Organisation?  
2. Wahl eines Bevollmächtigten. 3. Verbandsangelegenheiten.  
NB. In dieser Versammlung werden die Sillerts zu dem am 22. Juli  
im „Schweizer-Garten“ stattfindenden Stiftungsfest, bestehend in  
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Tanz, ausgegeben.  
245/16 **Die Ortsverwaltung.**

**Große öffentliche Versammlung**  
aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsangehörigen  
am Sonntag, den 2. Juli, Vorm. 10 1/2 Uhr,  
in „Philipp's Salon“, Rosenthalerstraße 38, 2 Tr.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Kohlenzer. 2. Diskussion. 3. Bericht des  
Vertrauensmannes, sowie Neuwahl desselben. 4. Verschiedenes. 190/11  
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vertrauensmann.**

**Zimmerleute!**  
Gr. öffentl. Versammlung der Zimmerleute  
Berlins und Umgegend  
am Sonntag, den 2. Juli, Vormittags 10 Uhr,  
in „Joël's Salon“, Andreasstraße 21.  
Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zum „Bauarbeiter-Kartell“. 2. Wie stellen sich die  
Zimmerer zur Gründung einer einheitlichen Organisation für Berlin?  
3. Verschiedenes. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 988/7  
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen **Die Vertrauensmänner.**

### Verein d. Bauanschläger

Berlins und Umgegend.  
**General-Versammlung**  
am Sonntag, den 2. Juli, Vorm. 10 1/2 Uhr,  
in Brochnow's Salon (fr. Orsjel), Sebastianstraße 39.  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Vorstandsantrag und Aufnahme neuer Mitglieder.  
3. Besprechung über die Ehrenmitgliedschaft. 4. Verschiedenes, Fragekasten.  
Kollegen! Ein Jeder ist verpflichtet, pünktlich zu erscheinen, da durch  
Generalversammlung's-Beschluss die Beiträge vom Juli ab nur noch vor der  
Versammlung angenommen werden dürfen. 182/8  
Der Arbeitsnachweis ist nach wie vor Sebastianstraße 50, bei Herrn  
G. Opatz, Restaurateur; doch wird die Verwaltung desselben und die Aus-  
gabe der Arbeit von Vereinskollegen besorgt. Die Ausgabe der Arbeit findet  
an Wochentagen Abends von 7-9 Uhr, Sonntags v. 10-12 Uhr Vorm. statt.  
Die diesjährige Landpartie des Vereins findet am 17. Juli per  
Kreuzer nach Pichelswerder (Wilhelmshöhe) statt. Sillerts sind zu haben  
bei dem Vergnügungskomitee: W. Kanz, Brangelstr. 9; W. Müller, Komman-  
dantenstr. 61; G. Bergau, Friedensstr. 69; und bei Herrn G. Opatz, Sebastian-  
straße 50. **Der Vorstand.**

**Berein der Einseker (Tischler)**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 2. Juli, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Herrn Köllig,  
Neue Friedrichstr. 44:  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Wahl des zweiten Vorsitzenden.  
3. Wahl der Arbeitsvermittlungsk. Kommission. 4. Verschiedenes, Fragekasten.  
Der Arbeitsnachweis ist von 9-10, Sonntags Vorm. v. 10-12 Uhr  
Neue Friedrichstr. 44. **Der Vorstand.** 145/12

## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

Essentielle Sitzung vom Donnerstag, 29. Juni, Nachmittags 6 Uhr.

Zunächst wird die Wahl von 8 Mitgliedern in die neue Deputation für die städtischen Krankenanstalten vorgenommen. Nach dem später bekannt gegebenen Resultat sind gewählt die Advok. Langerhans mit 72, Wichow mit 69, Spinola mit 67, Bergmann mit 52, Sachl mit 50, Kalisch mit 43, Ströy mit 38 und Witkowski mit 38 von 73 gültigen Stimmen. Stadtv. Jadel bleibt mit 20 Stimmen in der Minderheit.

Für die Jahresabschlüsse der Gasanstalten, der Kanalisationsverwaltung und der Hauptstiftungskasse wird Decharge erteilt und von dem Lagerbuch über das Vermögen der Stadtgemeinde Kenntnis genommen.

Die Vorlagen, betr. den Anschluß von Martinidenfelde und Friedrichsberg an die Kanalisation von Berlin, werden von dem niedergesetzten Ausschuss zur unveränderten Annahme empfohlen. Demgemäß soll über den Anschluß von Martinidenfelde mit Charlottenburg auf Grund des bestehenden Vertrages von 1885 das Nötige vereinbart werden; doch wird der Magistrat ersucht, die aus der verschiedenen Verhältnisse etwa als zweckmäßig oder notwendig sich ergebenden Abweichungen zu berücksichtigen. Mit Richtenberg-Friedrichsberg soll nach dem Vorbilde des Vertrages mit Schöneberg von 1886 abgeschlossen werden; zugleich wird der Magistrat ermächtigt, auf Grund des Abschlusses noch weitere Gebietsteile von Richtenberg anzuschließen, sofern dies ohne Gefährdung der Berliner Interessen in technischer Hinsicht thunlich erscheint.

Die Versammlung stimmt den Ausschussanträgen ohne Diskussion zu.

Durch Beschluß der Versammlung vom 12. November 1891 wurde der Antrag Stadthagen:

den Magistrat zu ersuchen, 1. in Gemäßheit des § 120 Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung den Entwurf eines Ortsstatuts vorzulegen, durch welches den männlichen Arbeitern unter 18 Jahren die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule auferlegt wird, 2. in den Fortbildungsschulen Gesetzbücher als Lehrgegenstand einzuführen,

einem Ausschusse überwiesen. Während der zweite Teil des Antrages seit langem erledigt ist, steht erst heute der Ausschussbericht über die Verhandlungen betr. den obligatorischen Fortbildungunterricht auf der Tagesordnung. Der Ausschuss hat am 16. Dezember 1891, am 21. Oktober 1892 und am 20. Juni 1893 je eine Sitzung abgehalten und beantragt nunmehr folgende Beschlußfassung:

Die Versammlung lehnt den Antrag Stadthagen ab, sie ist aber bereit, die Vervollständigung und Verbesserung der Fach- und Fortbildungsschulen auch mit Inanspruchnahme größerer Mittel zu fördern.

In der ersten Ausschusssitzung war beschlossen worden, vor Eintritt in die Beratung den Magistrat um statistisches und sonstiges auf die Frage bezüglichen Material zu ersuchen; speziell war der Magistrat angegangen worden:

1. Erhebungen darüber anzustellen und deren Resultat mitzuteilen,
  - a) wie viel Schüler im Alter von 14 bis 18 Jahren gegenwärtig die städtischen Fortbildungsschulen besuchen,
  - b) ob diese Schüler ihren Schulunterricht in Berlin oder außerhalb Berlins genossen haben, bezw. ob sie Schüler einer Volksschule oder einer höheren Lehranstalt gewesen sind,
  - c) wie hoch sich mit einiger Sicherheit die Anzahl der Fortbildungsschüler stellen wird, wenn der Besuch der Fortbildungsschulen für die genannte Kategorie obligatorisch gemacht würde,
  - d) wieviel von den hiesigen Gemeindegeldern im letzten Jahre nach vollständiger Einigung der Schulpflicht aus der I., II., III. Klasse der Gemeindegeldern abgegangen sind.
2. Materialien für die Resultate der Fortbildungsschulen in Süddeutschland, in Sachsen, in Ostpreußen und in der Stadt Hannover zu beschaffen und dem Ausschusse vorzulegen.

Der Magistrat hatte nur über die Fragen Ia, b, d dem Ausschusse im Februar 1892 zwei Zusammenstellungen zugehen lassen. Der Ausschussvorsitzende Gymnasialdirektor Schwalbe gab diese behufs Vervollständigung an den Magistrat zurück, richtete auch im Juni 1892 an ihn das Ersuchen, eine besondere Kommission, bestehend aus dem Magistratsdeputierten und 2 Ausschussmitgliedern zum Studium der Frage nach einzelnen Städten zu entsenden. Der Antrag wurde vom Magistrat abgelehnt. In der zweiten Ausschusssitzung wurde das vom Stadtschulrath Bertram zu Frage 1 gegebene statistische Material für hinreichend erklärt, für die Beschaffung, Sichtung und Bearbeitung des Materials für Frage 2 dagegen eine Subkommission bestehend aus den Stadtv. Schwalbe, Stadthagen und Müller, eingesetzt, welche nach Bedürfnis auch Reisen nach Dresden, Leipzig, Chemnitz u. s. w. machen sollte, um die Resultate der obligatorischen Fortbildungsschulen an Ort und Stelle kennen zu lernen. In der letzten Sitzung des Ausschusses wurde mitgeteilt, daß die Subkommission vom Magistrat das diesem zugängliche Material erbeten und erhalten habe, daß die Subkommission dann in einer zweiten Sitzung in die Sichtung des Materials eingetreten sei, daß dieser Sitzung der Urheber des Antrages wegen Behinderung nicht beigewohnt habe und so die Subkommission eine bestimmte Grundfrage für die Beratung nicht habe gewinnen können. Indessen sei sie zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Handhabung der Disziplin in den obligatorischen Schulen durchweg ungemein schwierig sei und der Schulbesuch nur durch umfangreiche und strenge Maßregeln erzwungen werden könne; sie halte daher die Frage für Berlin noch nicht für spruchreif. Der Ausschuss hat sich diese Gesichtspunkte zu eigen gemacht, auch die Schwierigkeiten der Errichtung von 1000 Klassen à 40 Schüler, der Gewinnung der Schulräume und der geeigneten Lehrkräfte für unüberwindlich angesehen, den Antrag Stadthagen mit 10 gegen 1 Stimme verworfen und die oben mitgeteilte Resolution angenommen.

Stadtv. Stadthagen: Nachdem in der Kommission der Antrag gegen meine Stimme abgelehnt ist, kann ich mich nicht der Hoffnung hingeben, daß mein Antrag im Plenum ein besseres Schicksal widerfahren wird. Bei der ausführlichen Behandlung der Angelegenheit im Ausschuss und im Bericht beschränke ich mich darauf, einige wenige Punkte, die zu Gunsten meines Antrages sprechen, noch zu berühren. Das Verlangen, bereits genau vorgezeichnete Wege anzugeben, auf welchen das Ziel meines Antrages zu erreichen sei, halte ich für nicht berechtigt. Es ist das Sache der Verwaltung. Ist diese davon durchdrungen, daß es die ethische Nothwendigkeit erfordert, diesen Antrag zu betreten, dann muß sie an die Ausführung des Gedankens gehen. Die Undurchführbarkeit des Gedankens wird auch durch den Hinweis auf die Kostenfrage zu beweisen gesucht; ich

nehme aber an, daß eine Ausgabe von 800 000 M. allein niemanden in dieser Versammlung von der Ausführung einer sonst guten Idee abschrecken würde. Jedenfalls freue ich mich, daß die Verhandlungen im Ausschuss klar und gewirkt haben, daß sich der Sache allgemeiner die Sympathieen zugewendet haben, daß besonders in Lehrkreisen die Stimmung dem Gedanken des Antrages günstiger geworden ist. Besonders erfreut aber bin ich darüber, daß der Ausschuss einstimmig wenigstens die Bereitwilligkeit ausspricht, das Fach- und Fortbildungsschulwesen in stärkerer Maße als bisher zu fördern. Es soll darin kein Tadel gegen die bisherige Handlungsweise der städtischen Behörden, sondern eine Aufmunterung liegen, die um so mehr am Platze ist, als die preussische Regierung in der letzten Zeit immer weniger Interesse für dies Gebiet an den Tag legt und die staatlichen Mittel für diese Zwecke immer weiter schmälert. Ich bitte um getrennte Abstimmung über die beiden Teile des Ausschussantrages.

Stadtschulrath Bertram erklärt, daß der Magistrat gegen die Anregung nicht prinzipiell ablehnend sich verhält, aber zunächst die weitere Entwicklung der fakultativen Fortbildungsschulen im Auge behalten und abwarten will, bis man durch die Sitte zu dem System der obligatorischen Schulen gelangt ist. Der Antrag Stadthagen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Ausschussantrag in seinem ersten Theile gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, in seinem zweiten Theile einstimmig angenommen.

Den Vorschlag des Magistrats, das Grundstück Wasserhorststraße 46 zum Zweck der Errichtung einer dritten städtischen Volks-Badeanstalt anzukaufen, hat der niedergesetzte Ausschuss einstimmig abgelehnt. Die Lage des Grundstücks wurde als ungewinnlich und der geforderte Preis von 133 M. pro Quadratmeter als viel zu hoch bezeichnet, da das Vorderhaus durch Vermietung nicht verwertbar sein werde. Vor allem aber müsse vom Magistrat ein bestimmtes Programm für die Versorgung weiterer Stadtteile mit solchen Anstalten gefordert werden. Den Antrag Rehnow betr. Errichtung von Dampfbädern hat der Ausschuss angenommen. Er empfiehlt dabei 1. den Ankauf des Grundstücks Wasserhorststr. 46 abzulehnen, 2. den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung baldigst eine Vorlage zu machen, in welchen Stadtbezirken er für die Folge den Bau von Volks-Badeanstalten beabsichtigt, 3. den Magistrat ferner zu ersuchen, bei der Erbauung einer neuen Volks-Badeanstalt auf die Errichtung von Dampfbädern im Interesse der Kranken bedacht zu nehmen.

Ohne Debatte tritt die Versammlung dem Ausschussantrage bei.

Der wegen Regulierung der Straße „An der Stadtbahn“, zwischen Kaiser Wilhelmstraße und der Straße „Am Königsgarten“ eingelegte Ausschuss hat am Dienstag im Beisein des Stadtraths Voigt sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und sich mit der Freilegung und Regulierung der Straßenstrecke einverstanden erklärt. Der Ausschuss empfiehlt das Hauptspeichergebäude des früheren fiskalischen Mehlmagazin-Grundstücks, den Lagerstuppen, sowie das Spritzenhaus und die zwischen diesem und dem Lagerstuppen stehende Abschlußmauer, die wegen der Straßenregulierung beseitigt werden müssen, möglichst an Abbruch zu verkaufen, die zum Abschluß der angeschnittenen Gebäude, Herstellung der Rampen und Abschluß zur erforderlichen Arbeiten auszuführen und die hierzu zu regulierung der Straßenstrecke erforderlichen Mittel in Höhe von 62 500 M. aus der Anleihe für Straßenregulierungen aus Anlaß der Stadtbahn zu entnehmen. Gleichzeitig schlägt der Ausschuss vor, den Magistrat mittels einer Resolution zu ersuchen, der Versammlung wegen anderweitiger Verwendung des Mehlmagazin-Grundstücks eine Vorlage zugehen zu lassen.

Stadtv. Ramslau will auch das Mehlmagazin wie die übrigen Gebäude auf Abbruch verkauft wissen und die Regulierung der Straße noch im kommenden Winter zur Durchführung gelangen lassen. Das Mehlmagazin-Grundstück sei seit 10 Jahren im Besitze der Stadt und jetzt erst übergeben. Lasse man diese alte Ruine stehen, so bleibe mitten in der neuen Straßenanlage ein Schandstiel der alten Gegend bestehen, der noch dazu wegen der Herrichtung eines neuen Siebels 6500 M. Kosten verursacht. Auf die geringe Summe, die man durch Verpachtung der Räume zu Speicherecken erlangen könne, sei doch kein Gewicht zu legen. Stadtrath Voigt bittet, den Antrag Ramslau abzulehnen, da es nicht angeheißt sei, das Gebäude niederzulegen, bevor man wisse, was definitiv an die Stelle desselben treten soll.

Stadtv. Löwe tritt für den Antrag Ramslau ein; man dürfe doch nicht mit Aufwendung neuer städtischer Gelder einen der Gegend geradezu unwürdigen Zustand konservieren helfen.

Stadtv. Esmann: Da es sich um ein Hauptgebäude handelt, das in mehreren Stockwerken aus Fachwerk besteht, so dürfte es mit der Vermietung desselben schon aus baupolizeilichen Gründen seine Schwierigkeiten haben. Der Antrag Ramslau ist also durchaus ablehnend.

Der Antrag Ramslau wird angenommen und damit der Ausschussantrag unter Fortfall des letzten Satzes.

Die Stadtv. Meyer I und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung ermächtigt den Magistrat, mit der Erbauung einer Interimsbrücke stromabwärts von der jetzigen Kurfürstenbrücke vorzugehen, ohne dadurch der Beschlußfassung der Versammlung, ob die Königstraße überhaupt oder auf welcher Seite dieselbe zu verbreitern sei, vorzugreifen. Die Versammlung sieht dabei von der vorherigen Vorlegung eines speziellen Planes und der Kostenberechnung bezüglich der Interimsbrücke ab.

Stadtv. Meyer I: Um nach Möglichkeit jede Verzögerung und Verschleppung dieser Angelegenheit zu vermeiden, haben wir den Antrag eingebracht. Der Bau der Interimsbrücke wird etwa 6 Wochen in Anspruch nehmen; die Vorbereitungen bis zur polizeilichen Genehmigung erfordern auch einige Wochen, so daß man bei Annahme des Antrages etwa Ende September mit der Brücke fertig sein könnte. Damit würde auch den Wünschen des Magistrats Rechnung getragen. Wir glauben, daß es sehr wohl möglich ist, trotz der Differenz in Sachen der Verbreiterung der Königstraße mit dem Bau der Brücke zu beginnen. Die Sachverständigen sind derselben Meinung; namentlich sei es ganz gleichgültig, ob man mit einer Fußgängerbrücke 2 Meter weiter nach rechts geht oder nicht. Im Ausschuss hörte man, der Magistrat beabsichtige, eine Fußgängerbrücke anzulegen; wir sind der Meinung, daß eine Fußgängerbrücke unmöglich ist. Sie würde durchaus störend wirken für den Verkehr. Da die Kaiser-Wilhelmstraße und der Mühlendamm in der Nähe sind, ist eine Fußgängerbrücke garnicht notwendig. An sich ist die Interimsbrücke bereits genehmigt; es handelt sich noch um die Frage der Kosten. Bei der Wichtigkeit der Sache glauben wir aber für diesen kurzen Zeitraum die Ermächtigung dem Magistrat geben zu können, die Brücke nach bestem Ermessen herzustellen. Die Zeichnungen sind fertig. Wollen wir keine Verzögerung eintreten lassen, so müssen wir dem Magistrat die Möglichkeit geben, sofort vorzugehen. Daß ein Ausschuss eingesetzt werden muß, halten wir für unrichtig; denn es handelt sich garnicht um eine Geldbewilligung, sondern der Magistrat soll bloß von der Vorlegung spezieller Pläne und Kostenanschläge dispensirt werden.

Stadtbaurath Gobrecht dankt den Antragstellern für ihre

gute Absicht, den Schwierigkeiten abzuwehren, in denen sich Magistrat bezüglich der Eröffnung der neuen Schiffahrtstrasse durch die Stadt befindet. Die Schiffahrt könnte bereits eröffnet sein, wenn die Vorlage vom Februar schon in der Versammlung angenommen wäre. Die Pläne und Zeichnungen für die Interimsbrücke seien fertig; aber damit allein sei nichts anzufangen. Die Kurfürstenbrücke selbst müsse erst abgebrochen sein, wenn man weiter kommen wolle. Immerhin werde der Magistrat bestrebt sein, mit der Ermächtigung, die in dem Antrage liege, die Sache so weit zu fördern, wie es thunlich sei.

Stadtv. Salge hält den Antrag auch für wenig zweckdienlich, man solle eine Interimsbrücke bewilligen, ohne zu wissen, wo die neue definitive Brücke hinkomme. Zunächst sei es doch wohl richtiger, die Vorlage vom 9. Februar zu erledigen.

Stadtv. Bortmann beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Stadtv. Schwalbe erklärt sich dagegen.

Stadtv. Bortmann: Wenn der Magistrat selbst nicht meint, daß ein großer Nutzen aus dem Antrage entspringt, dann hat es doch keinen Nutzen, die Sache weiter zu verhandeln.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Stadtv. Dinse: Der Stadtbaurath schiebt quasi der Versammlung die Schuld dafür zu, daß die Schiffahrt auf der regulirten Spree noch nicht eröffnet sei. Das entspricht nicht den Thatsachen. Die Nothbrücke ist vor 1 1/2 Jahren bereits bewilligt, erst die Verquickung dieser Angelegenheit mit der Verbreiterung des Schloßplatzes hat die Verzögerung verursacht. Nach den Ausführungen des Stadtbauraths muß ich gegen den Antrag stimmen.

Stadtv. Singer: Wenn es mir vorher noch hätte zweifelhaft sein können, ob ich gegen den Antrag stimmen sollte, so hat der Stadtbaurath diese Zweifel beseitigt. Seine Ausführungen waren mehr eine Vertheidigung des Projektes vom 9. Februar, über welches der Ausschuss sich noch nicht schlüssig gemacht hat, als eine Empfehlung des Antrags. Ich stelle bei dieser Gelegenheit fest, daß die Klage des Stadtbauraths Gobrecht darüber, daß die Vorlage vom Februar noch nicht erledigt sei, unberechtigt ist; denn wenn der Magistrat eine solche Vorlage so ohne jede Begründung einbringt, so muß er sich gefallen lassen, daß die Versammlung nachholt, was der Magistrat versäumt hat. Bekommt der Magistrat den Konsens zu dem bereits von uns genehmigten Brückenbau-Projekt nicht, so trägt wiederum nicht die Versammlung die Schuld, sondern diejenigen Behörden, welche jetzt plötzlich der Meinung geworden sind, daß die Schiffahrt nur eröffnet werden könne unter der Bedingung, daß eine Anzahl Häuser auf dem Schloßplatz niedergelegt werden. (Weiterkeit und Unruhe.) Uns ist eben das Bedürfnis für die Abrechnung dieser sieben Häuser nicht zum Bewußtsein gekommen. Diese Umstände haben mich ja auch von vornherein veranlaßt, dem Antrage Meyer sehr skeptisch gegenüber zu stehen. Die Unterzeichner des Antrags sind mir der Stellung wegen, welche sie zu dem Schloßplatzprojekt einnehmen, verächtlich. (Weiterkeit. Der Vorsteher erhebt den Redner, nicht so harte Ausdrücke zu gebrauchen. Erneute Weiterkeit.) Ich fürchte, daß der Bau der Interimsbrücke stromabwärts in einigen Monaten als ein Grund dafür angesehen worden wird, daß die Kurfürstenbrücke selbst nach dieser Seite nicht verbreitert werden kann (Widerspruch), sondern daß die Verbreiterung nach der andern Seite erfolgen muß. Schließlich ist es ja ganz gleichgültig, ob die Brücke drei Monate früher oder später fertig wird, und wenn Sie mit der Eröffnung der Schiffahrt so lange erwartet haben, daß das erste Projekt als garnicht ausführbar erweisen ist, dann ist es ja gut, daß man noch länger wartet; vielleicht kommt man dann zu der Ueberzeugung, daß erst noch mehr Häuser abgerissen werden müssen. Die Entscheidung über die Vorlage im Herbst darf in keiner Weise präjudizirt werden. Gewiß thun wir das nicht, wenn wir diesen Antrag annehmen, aber, wie ich schon eine Reihe von Jahren hier sitze, weiß, wie oft man sich nicht hat präjudizieren lassen wollen und wie oft dann später dennoch entgegengelegte Beschlüsse gefaßt werden. Die Anlegung der Interimsbrücke hat diese fürchterliche Eile nicht, und für das schließliche Urtheil der Versammlung ist es viel besser, wenn die Lage durch diesen Zwischenakt nicht noch erschwert wird. Die Versammlung braucht auch nicht magistratlicher zu sein als der Magistrat. Warum hat er uns nicht eine solche Vorlage gemacht? Er will es ja gar nicht. Würde die Interimsbrücke so weit weg gelegt von der Kurfürstenbrücke, daß auch nicht mit einem Schein des Rechts von einer Störung gesprochen werden könnte, dann ließe sich über die Sache reden, aber dieser Garantie vermag Herr Meyer nicht zu geben. Ich stimme daher gegen den Antrag Meyer und bitte angesichts der vielen Verhandlungen, welche das ungeheuerliche phantastische Schloßplatzprojekt schon durchgemacht hat, um Ablehnung des Antrags. Verweisen wir die Verantwortlichkeit für die Folgen an die Stelle, die die jetzige Lage hervorgerufen hat, an die Regierung. (Zustimmung und Widerspruch.)

Stadtv. Schwalbe als Mitantragsteller verwahrt sich dagegen, daß man Dinge in den Antrag hineinlege, die, wie das Schloßplatz-Projekt, absolut nicht dahin gehören. Der Antrag sei durchaus unpräjudizial.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag wird bei der Abstimmung vom Bureau für abgelehnt erklärt. Die Verurteilung dieses Ergebnisses wird von den Freunden des Antrags mit Zeichen des Mißvergnügens aufgenommen.

Die antheiligen Pflasterungskosten für den unbefestigten Theil des Lohmühlenweges im Gemeindebezirk Treptow werden mit 8600 M. bewilligt.

Bezüglich der Wiederbesetzung der Stelle des Stadtsyndikus, welche durch Pensionirung des Stadtraths Gerty vom 1. Juli frei wird, beantragt Stadtv. Jacobi, das Gehalt auf 7000 M. zu normiren und für die Personenfrage einen Ausschuss von 15 Mitgliedern einzusetzen, der in der nächsten Sitzung gewählt werden soll.

Stadtv. Singer: Ich werde für den Antrag Jacobi stimmen und habe nur dem zu wählenden Ausschusse eine Anregung vorzutragen, die ich ihn zu der Feinheit zu machen bitte. Ich wünsche, daß der Ausschuss vorschlägt und die Versammlung dann genehmigt, daß den neu in den Magistrat eintretenden besoldeten Mitgliedern die Bedingung auferlegt wird, keine Mitgliedschaft in den Ausschüssen und Verwaltungsräthen von Aktiengesellschaften anzunehmen. (Zustimmung.) Es ist bedauerlich, daß diese Auffassung nicht allseitig als richtig und selbstverständlich angesehen wird; immerhin aber sind wir in der Lage, denjenigen, welche ihre Kräfte der Stadt gegen Besoldung zur Verfügung stellen, eine derartige Bedingung aufzuerlegen. Es wird auch zu erwägen sein, ob nicht bei der Wahl von unbeforderten Magistratsmitgliedern auf diesen Punkt Rücksicht zu nehmen ist, und desgleichen wird die Bürgerschaft bei der Wahl von Stadtverordneten sich die Kandidaten daraufhin anzusehen haben, ob sie in ähnlichen Stellen Aktiengesellschaften angehören, die in direktem geschäftlichen Verkehr mit der Stadt stehen. Diese Fragen lassen sich bei dieser Gelegenheit nicht zum Austrag bringen; den besoldeten Magistratsmitgliedern

ih aber die Frage rein vom prinzipiellen  
leuchtet werden. Diese Beamten sollen sich nach  
ung nicht in Stellungen befinden, welche ihrer  
der Stadtverwaltung nicht entsprechen. Der Staat  
famtlich von seinen Beamten dasselbe. Auch der  
zur Zeit vielleicht kein Magistratsmitglied sich in  
Lobenstellung befindet, kann mich nicht verhindern,  
ng zu geben, diese Frage prinzipiell zur Entscheidung  
weitere Debatte findet nicht statt; der Antrag Jacobi  
angenommen.  
Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen ohne allge-  
meines Interesse schließt die Sitzung gegen 7 1/2 Uhr.  
Nächste öffentliche Sitzung nach dem 1. September.

## Lokales.

Ein Muster-Gnädiger Herr ist der Kammergerichtsrath  
Hies, früher Staatsanwalt in Frankfurt a. M., ein viel-  
facher Millionär, der die Villa Thiergartenstraße 3a gegen  
17 000 M. Miete allein mit seiner Familie bewohnt. Er hat  
einen Portier, der mit seiner Frau zusammen das mehr als fürst-  
liche Gehalt von 50 M. pro Monat bezieht. Für das Geld kann  
man schon etwas verlangen. Der Portier ist zugleich Gärtner,  
Tafeldiener u. s. w. Jede Stunde seiner Thätigkeit ist ihm genau  
vorgeschrieben. Wir lassen hier nur einen Stundenzettel für den  
Montag folgen:

- 6-7: Läden öffnen und lüften. Hund auf den Hof  
lassen und kämmen, Zentralheizung und Ofen,  
Kleider und Schuhe der Herren putzen. Straße fegen.
- 7-1/8: Frühstück.
- 1/8-1/10: Das Wohnzimmer des Herrn Hies gründlich  
putzen.
- 1/10-1/11: Edgar's Zimmer putzen.
- 1/11-1/12: Hof und Garten säubern und sprengen.
- 1/12-12: Mittag.
- 12-1/1: -----
- 1/1-1: Decken (Tisch).
- 1-2: Serviren.
- 2-3: Abserviren und wegräumen.
- 3-5: -----
- 5-1/2: Kaffee.
- 1/2-6: Decken.
- 6-7: Serviren.
- 7-8: Abserviren und wegräumen.
- 8-10: Läden schließen, je nach der Jahreszeit.

So ist für jeden Tag jede Stunde ausgefüllt; die für den  
Montag nicht ausgefüllte Zeit scheint für besondere Dienst-  
verrichtungen noch vorbehalten zu sein, denn an den anderen  
Tagen ist auch diese Zeit ausgefüllt mit Hürsenstierputzen, Hunde-  
waschen, Teppichklopfen, Silberzeugputzen u. s. w. Auch der  
Sonntag macht keine Ausnahme, nur ist die Stunde von 11-12  
für die Kirche bestimmt. Am Mittwoch ist dem Portier ein  
freier Nachmittag von 3 Uhr ab gewährt, an dem er ausgehen  
kann. Beim Serviren hat der Portier selbstverständlich sehr  
sein aufzuheben und weiße Handschuhe zu tragen, die er sich  
selbst anschaffen muß.

Die Noblesse der Gesinnung des Herrn Kammergerichtsraths  
läßt sich ebenfalls durch seine Nützlichkeit auf die Bediensteten,  
und so kommt es, daß auch im Thiergarten-Viertel die Stimmen-  
zahl der Sozialdemokratie keine geringe ist.

Herr Gerichtsvollzieher Malkinowski sendet uns folgend e  
"Berichtigung":

Auf grund des § 11 des Pressegesetzes ersuche ich hiermit  
ergernt zufolge Ihres Inserats vom 27. Juni cr. folgende Er-  
klärung aufzunehmen:

Es ist nicht wahr, daß ich den von Herrn Spangenberg be-  
stellten und gelauteten Sarg auf dem Transport nach seiner  
Wohnung gepändelt habe. Dieser Sarg wurde von mir in der  
Werkstatt des Schulmeisters gepändelt und bei der Pfändung dem  
Schulmeister gleichzeitig eröffnet, daß auf Antrag des Gläubigers  
die Pfandstücke sofort nach der Pfandkammer geschafft werden  
sollen, falls Schuldner die Forderung nicht bezahlt.

Hierauf erklärte der Schuldner, daß er diesen Sarg bereits  
verkauft habe und ihn heute noch, ganz gleich auf welche Art  
und Weise, fortschaffen werde.

Schuldner ist darauf bedeutet worden, daß er sich resp. der  
Käufer mit seiner Intervention an das Gericht zu wenden habe.  
Dieses ungeachtet bestellte Schuldner einen seiner Arbeiter  
mit einem Wagen, nahm mit diesem Arbeiter den Sarg auf,  
stellte ihn auf den vor der Thür des Geschäftslokals stehenden  
Wagen und versuchte damit, trotzdem ich ihn auf seine strafbare  
Handlung aufmerksam gemacht habe, fortzufahren.

Zu gleicher Zeit erschien ein Schuhmann, welcher auf meine  
Veranlassung den Schuldner mit seinem Gehilfen von dem  
Wagen fortwies und ich mit meinen Leuten den Wagen nebst  
Sarg weiter nach meiner Pfandkammer geschafft habe.

Also bis zu dieser Zeit habe ich von einer Frau Spangen-  
berg, noch von dem Lokomotivführer Herrn Spangenberg nichts  
erfahren, insolge dessen konnte ich auch den Leidtragenden den  
bezahlten Sarg wegen der Schuld des Lieferanten nicht weg-  
genommen haben; denn ich habe während der Zeit der Zwangs-  
vollstreckung weder in der Wohnung des Leidtragenden noch  
sonst irgendwo mit diesem verhandelt.

Demnach dürfte bisher nicht unerhört sein, daß dem Leid-  
tragenden der bezahlte Sarg wegen der Schuld des Lieferanten  
weggenommen wird, sobald sich dieser in Räumen des Schuldners  
beinhaltet und für den letzteren und seine Familie entbehrlich ist.  
Da dieser Sarg für den Schuldner und seine Familie entbehrlich  
war, so konnte er auch nicht als Heiligthum des Eigentums be-  
trachtet werden, wie in Ihrem Inserat "Vorwärts" benannt ist.  
Malkinowski, Gerichtsvollzieher,  
Neue Königstraße 18."

Die Angelegenheit gewinnt durch die Erklärung des Herrn  
Malkinowski kein freundlicheres Aussehen. Ueber den Begriff des  
"Unerhörten" wollen wir mit dem Gerichtsvollzieher nicht streiten;  
wir glauben gern, daß ihm vieles, weil es legal ist, ganz natür-  
lich erscheint, während es uns trotzdem unerhört vorkommt.

Der Hippodrom des Herrn Cool ist verkracht. Einen  
gründlichen Rehras hat gestern dort der Gerichtsvollzieher  
Gutzjahr im Auftrage des Pferdehändlers Richter vorgenommen.  
Er pfändete 70 Pferde, einen Esel und einen Wagen und brachte  
die Thiere im Laufe des Tages nach dem Lehrter Viehhofe. Die  
Erregung der Künstler, die seit etwa vier Wochen von dem  
Direktor Cool kein Gehalt empfangen haben, war sehr groß,  
und Ausschreitungen wären unausbleiblich gewesen, wenn sich  
Cool inmitten seiner Gesellschaft gezeigt hätte. Im Ganzen sind  
etwa 50 Personen — Beamte und Künstler des Hippodroms —  
geschädigt worden, darunter besonders die Herren Lecoille, Dumé-  
nil und Lee. Der letztere dürfte infolge des Geldausfalls mit seiner  
Familie obdachlos werden. Die gepfändeten Pferde werden schon  
am Sonnabend unter dem Hammer kommen. Die gestrigen Be-  
sucher des Zirkus konnten nur durch Koncert unterhalten werden,  
da die gewöhnliche Vorstellung unmöglich geworden war.

Betreffs des Abstruzes vom Trapez im "Feldschläch-  
ten" am letzten Sonnabend, über welchen wir in Nr. 148  
d. Bl. eine kurze Notiz brachten, ersucht uns der künstlerische  
Direktor des "Feldschlächten" folgendes zu berichtigen:

Der genannte Künstler arbeitete in einer Höhe von kaum  
4 Metern und fiel nicht in den Riß, sondern auf den Boden  
der Bühne nieder, wobei er sich einige Hautabschürfungen an der  
Hand zuzog. Er erholte sich sehr schnell und wurde von mir zur

Verhütung des Publikums demselben vorgeführt. Er hielt sich  
noch ca. 1 Stunde im Lokal bei einem Glase Bier auf und er-  
klärte, daß ihm nichts geschehen sei. Ein Sicherheitsnetz ließ  
sich auf der Bühne bei der winzigen Höhe garnicht anbringen."

Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt:  
Abends 9 Uhr sam 28. d. M. ist auf Bahnhof Güterglück  
infolge falscher Weichenstellung ein 3 Wagen starker Rangirzug  
— mit Wagen vorn — in den in Abfahrt begriffenen Güterzug  
464 seitwärts hineingefahren. Personen sind nicht verletzt,  
7 Güterwagen wurden stark beschädigt. Reisende von dem  
Personenzuge 284 und von dem Schnellzuge 56 mußten an der  
Unfallstelle umsteigen und erhielten 57 beziehungsweise 84 Mi-  
nuten Verspätung. Die Hauptgleise waren 10 1/2 beziehungsweise  
11 1/2 Stunden gesperrt.

Der dem Gewitter am Donnerstag vorangehende  
Sturm brachte ein Segelboot auf dem Müggelsee zum Kentern,  
auf welchem sich drei des Segels kundige, im gesehten Alter  
befindliche Männer befanden, von denen zwei ertrunken sind,  
während es dem Dritten gelang, sich zu retten. Ein Tischler-  
meister M., ein Restaurateursohn und der in Friedrichshagen  
allgemein bekannte Holzfuhrmann, Händler Kurpelt waren die  
Zusassen des Bootes. Der Restaurateur Sch. war der Ge-  
rettete. Die Leiche des Tischlermeisters M. wurde bald ge-  
funden; dieselbe wurde sofort nach der Leichenhalle des Kirch-  
hofs gebracht. Die Leiche des ertrunkenen Kurpelt war jedoch  
bis heute früh noch nicht gefunden worden. M. lebte in guten  
Verhältnissen und hinterläßt eine Wittwe mit vier Kindern.

Eine Bluthat ist in Friedrichberg, Scharnweber-  
straße 41, verübt worden. Dort war eine Mäherin aus Berlin  
bei ihrer Tante, der Frau Montag, zum Besuch und schlief mit  
der Stieftochter Anna in einem Bett zusammen. In der letzten  
Nacht stand sie plötzlich auf, holte aus der Küche ein Beil und  
bearbeitete damit die Tante und deren Stieftochter. Während  
die Tante, schwer verletzt, einem Krankenhaus zugewandt  
werden mußte, wurde die Stieftochter Herrin der Wunden  
und veranlaßt deren Festnahme. Bei der Vernehmung durch  
den Anstuvorleser Roeder machte die Thäterin den Eindruck  
einer nicht zurechnungsfähigen blödsinnigen Person. Sie ist der  
Berliner Kriminalpolizei zugeführt, wo die Verhandlungen noch  
nicht abgeschlossen sind.

Im Waschkübel verbrannt. Ein entsetzlicher Unglücksfall  
hat sich am Mittwoch in der Familie des an der Friedrichs-  
felder Chaussee wohnenden Kassenboten M. ereignet. Frau M.,  
welche seit einigen Tagen in der Küche mit dem Waschen der  
Wäsche beschäftigt ist, hatte am oben genannten Tage auf einige  
Minuten die Küche verlassen, um bei einer ihr gegenüber-  
wohnenden Nachbarin Bestellung zu machen, während welcher  
Zeit sie ihr zweieinhalbjähriges Töchterchen allein und ohne Auf-  
sicht in der Küche zurückgelassen hatte. Kaum hatte Frau M.  
aber den Rücken gekehrt, da vernahm sie aus ihrer Küche ein  
marktschreierndes Geschrei, und als sie herbeieilte, bot sich ihr  
ein entsetzlicher Anblick dar; in dem mit siedendheißem  
Wasser angefüllten Waschkübel lag mit dem Oberkörper ihr Kind.  
Schnell entschlossen zog nun Frau M. ihren Liebling aus dem  
Kocher heraus und befreite ihn aus seiner verzweifeltsten Lage.  
Wie sich aber bei näherer Beschichtigung herausstellte, hatte das  
Kind durch das siedendheiße Wasser entsetzliche Brandwunden  
am ganzen Körper erlitten, so daß es auf Anordnung des her-  
beigeholten Bezirksarztes schleunigst nach dem Krankenhaus ge-  
schafft werden mußte, in dem es in der Donnerstag-Nacht unter  
gräßlichen Qualen verstorben ist.

Erhängt in seinem Arbeitszimmer aufgefunden wurde  
heute Morgen der Lederwarenfabrikant L. St. in der Budower-  
straße. Die Ursache des Selbstmordes ist noch unbekannt.

Marktpreise in Berlin am 28. Juni, nach Ermitt-  
lungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von  
16,50—16,20 M., mittlerer von 16,10—15,80 M., geringer von  
15,70—15,40 M. Roggen per 100 Kg. guter von 14,90—14,70 M.,  
mittlerer von 14,60—14,50 M., geringerer von 14,40—14,20 M.  
Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von  
15,00—15,00 M., geringe von 14,90—14,00 M. Hafer per 100 Kg.  
guter von 18,20—17,70 M., mittlerer von 17,60—17,20 M.,  
geringer von 17,10—16,70 M. Stroh, Nicht- per 100 Kg. von  
6,50—5,80 M. Heu per 100 Kilogr. von 9,50—8,00 M. Erbsen, gelbe  
zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M. Spießbohnen, weiße  
per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00  
bis 50,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 8,00—5,00 M. Rind-  
fleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,80—1,20 M. Wauschfleisch  
per 1 Kg. von 1,90—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von  
1,60—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammel-  
fleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80  
bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 4,00—2,00 M. Fische per  
1 Kg.: Karpfen von 2,00—1,00 M. Aale von 2,80—1,20 M.  
Zander von 2,40—1,20 M. Hechte von 2,00—1,00 M. Barsche  
von 1,60—0,80 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Meie von 1,40  
bis 0,60 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 27. d. M. Abends fiel eine Handels-  
frau in der Markthalle VIII, Andreasstr. 56, von ihrem Geschäfts-  
wagen und brach beide Arme. — Am 28. d. M. Morgens  
sprang ein Mädchen von der Lutterbrücke in die Spree, wurde  
jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem  
Krankenhaus Moabit gebracht. — Auf dem Boden des Männer-  
Sicherheitsbates in der Gröbelfstraße wurde Mittags ein Kellner er-  
hängt vorgefunden. — Nachmittags fiel ein Dachdecker von einem  
an dem Seitenflügel des Hauses Schönhauser Allee 147  
angebrachten Hängegerüst etwa 12 Meter tief auf den Hof hinab  
und erlitt eine bedeutende Gehirnerschütterung. Er wurde  
nach der Charité gebracht. — In der Kleinen Präsidentenstraße  
ging Abends das Pferd eines Krenfers durch, ließ die Burgstraße  
entlang und bog in die Neue Friedrichstraße ein, wo der Krenfer  
mit einer Drofsäule zusammenstieß. Hierbei wurden der Führer  
der letzteren und ein Fahrgast auf den Damm geschleudert. Der  
Krenfer erlitt außer einer Quetschung des Schienbeins einen  
Bruch des Vorderarmes und mußte nach dem Krankenhaus am  
Urban gebracht werden; der Fahrgast trug eine Verstauchung des  
Handgelenks davon. — Am 29. d. M. Morgens wurde ein Satt-  
ler in seiner Wohnung in der Budowerstraße erhängt vor-  
gefunden. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

## Theater.

National-Theater. Mittwoch, den 28. Juni, fand im  
National-Theater die Aufführung des Shakespeare'schen Schau-  
spiels "Das Wintermärchen" unter Mitwirkung der königlichen  
Hofschauspielerin Fräulein Behre statt. Das Haus war trotz  
der Schwüle des Tages so feillich besetzt. Was die Aufführung  
betrifft, waren es in erster Linie der Gast — Hermione — und  
Herr Wesselsky als König Leontes, welche ihrer Darstellung ein  
künstlerisches Gepräge aufzubringen verstanden und reichen Beifall  
an den jeweiligen Mitschülern ernteten. Außerdem verdienen ge-  
nannt zu werden die jugendlichen Darsteller des Florizel und  
die niedliche Schäferin Dorcas. Mit vorzüglichem Humor  
stellte Herr Hummel den Gauner Antrochilus dar.

## Gerichts-Zeitung.

Unter der Auflage des wiederholten wissenschaftlichen  
Meinendes stand gestern der Kaufmann Isidor Abraham  
sohn vor dem Schwurgericht am Landgericht I. In einer

Disziplinar-Untersuchungssache gegen den Amtsgerichtsrath R.  
vom Amtsgericht II war der Landgerichtsrath Dr. Friedberg  
als Untersuchungskommissar vom Kammergericht, Präsidenten  
bestellt worden und hatte als solcher auch den Angeklagten zu  
vernehmen. Dieser war Generalvollmächtigter der Schmidt-  
schen Erben, welchen eine Erbschaftsmasse von ca. 600 000 M.  
zugefallen war. Er hatte sich für seine Mäherwaltung eine Pro-  
vision bedungen, welche vom Vormundschaftsrichter auf 78 000 M.  
berechnet wird. Der Vormundschaftsrichter hatte Grund, dem  
Angeklagten die Einsicht in die Akten zu verweigern, der  
Angeklagte aber soll nun nach der Behauptung der An-  
klage versucht haben, mit Hilfe des Amtsgerichtsraths R.,  
dem er einen Kreners ausgestellt, zu seinem Ziele zu gelangen.  
Der Angeklagte hat dies bestritten und in dem Disziplinar-  
verfahren gegen R. am 1. März auch beschworen, daß er den-  
selben nicht ersucht habe, ihm die Einsicht in die Akten zu ver-  
schaffen. Bei zwei folgenden Vernehmungen hat er analoge  
Aussagen auf diesen geleisteten Eid genommen. Der Angeklagte  
bestritt, die Unwahrheit gesagt zu haben, seinen und den Be-  
hauptungen des R. stand aber eine gegentheilige Aussage eines  
Kanzleibeamten gegenüber. Der Staatsanwalt beantragte nach  
den Ergebnissen der Beweisaufnahme das Schuldig im Sinne der  
Anklage. Rechtsanwält Baillien dagegen erachtete die Frei-  
sprechung für geboten, da greifbare Beweise gegen denselben nicht  
vorlägen; jedenfalls müsse der § 157 St.-G.-B. gegen den An-  
geklagten Platz greifen, da die Angabe der Wahrheit gegen ihn  
selbst eine Verfolgung wegen eines Vergehens nach sich ziehen  
konnte. — In letzterem Sinne, d. h. unter Jubilation des  
Schwurs des § 157 gaben die Geschworenen ihren Schuldispruch  
ab, worauf der Gerichtshof auf ein Jahr Gefängnis  
erkannte.

Schwere Körperverletzung mit tödlichem Ausgange  
wurde dem 20jährigen Arbeiter Reinhold Stiele zur Last  
gelegt, welcher gestern dem Schwurgericht des Landgerichts II  
vorgeführt wurde. Am Abende des 12. Juli v. J. begab der  
Angeklagte sich mit einem jüngeren Bruder und einem Bekannten  
zu einer "Nachpartie" nach der Wuhlhaide. Sie trafen hier  
mit einer aus 4 Köpfen bestehenden Gesellschaft zusammen, zu  
der auch der Selbstmörder Koch gehörte. Auf  
beiden Seiten fielen erst höhnische, dann drohende Be-  
merkungen. Der Angeklagte wußte nur einem Angriff  
zuvorgekommen sein, als er seinen Revolver aus der  
Tasche zog und gegen Koch abfeuerte. Derselbe brach, in den  
Oberschenkel getroffen, zusammen, der Thäter lief davon. Koch  
ist zwei Tage später infolge einer Blutvergiftung, die nach dem  
Gutachten der Sachverständigen zweifellos auf die Verwundung  
zurückzuführen ist, gestorben. Die Geschworenen traten den Aus-  
sagen der Verteidigung, daß der Angeklagte in Nothwehr  
gehandelt, nicht bei, sondern bejahten die Schuldfragen im Sinne  
des Staatsanwalts. Nur wegen der Jugend des Angeklagten  
nahm der Gerichtshof Abstand auf eine Zuchthausstrafe zu er-  
kennen, das Urtheil lautete auf 4 Jahre Gefängnis.

Die Barbiers und Friseure von Lichtenberg-Friedrichs-  
berg wurden vor einiger Zeit in nicht geringe Aufregung da-  
durch versetzt, daß die Orts-Polizeibehörde ihnen sämmtlich Straf-  
mandate zugehen ließ, weil sie am Sonntag während des Gottes-  
dienstes ihr Gewerbe ausgeübt hätten. Die Polizeibehörde er-  
blickte hierin einen Verstoß gegen die Regierungs-Präsidenten-  
verordnung vom 28. Mai 1888, insbesondere den § 6 derselben,  
wonach während des Gottesdienstes alle öffentlichen oder den Gottes-  
dienst störende Gewerbebetriebe ruhen müssen. Die Beteiligten  
trugen sämmtlich auf mündliche Verhandlung an; das Amtsgericht II  
hielt aber die Strafen aufrecht, indem es den Einwand, daß die  
Verordnung vom Jahre 1888 durch die neueren Vorschriften der  
Gewerbe-Ordnung über die Sonntagsruhe beseitigt sei, verwarf.  
Hiergegen legte Rechtsanwalt Dr. Schöps als Vertreter der  
sämmtlichen Angeklagten die Berufung ein und führte vor der  
Strafkammer aus, daß der Einwand gegen den Bestand der  
Verordnung von 1888 zwar nicht zutrefte, die Angeklagten aber  
gleichwohl freigesprochen werden müßten, weil die tatsächlichen  
Voraussetzungen der Verordnung nicht vorlägen. Der  
erste Richter habe ganz übersehen, daß zur Ergänzung  
und Erläuterung der Verordnung von 1888 am  
2. Juni 1840 eine weitere Verordnung ergangen sei,  
in welcher ausdrücklich hervorgehoben werde, daß die ältere Ver-  
ordnung nicht den Gewerbebetrieb ohne Unterschied während des  
Gottesdienstes verbiete, sondern nur solchen, welcher öffentlich  
betrieben werde und nach Beschaffenheit und Gegenstand Störung  
des Gottesdienstes gereigne. Dies treffe für das Gewerbe  
der Barbiers und Friseure in keiner Weise zu. Im Gegen-  
theil vollziehe sich die Ausübung desselben so geräuschlos  
wie möglich, auch sei es ein eigentümlicher Zustand, daß  
nirgend sonst in den Vororten der Gewerbebetrieb der  
Barbiers und Friseure während des Gottesdienstes gestört  
werde, obwohl dort überall dieselbe Verordnung gelte. Das Be-  
rufungsgericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte  
unter Aufhebung des ersten Urtheils auf Freisprechung sämmt-  
licher Angeklagten.

Gewerbegericht. Sitzung vom 28. Juni, Kammer II. Die  
Inhaber der Pufffedernfabrik von Joel und Tobias klagten gegen  
die Pufffederarbeiterin Siggelkow, von der sie Rechte in das  
Arbeitsverhältnis verlangten. Herr Tobias als Vertreter der  
Firma machte geltend, daß laut Kontrakt Fräulein Siggelkow  
verpflichtet gewesen wäre, bis zum 31. Dezember 1898 in seiner  
Fabrik thätig zu sein; sie sei aber ohne seine Zustimmung fort-  
geblieben. Der Kontrakt wurde seiner Zeit mit den Arbeiterinnen  
geschlossen, um deren event. Uebertritt zur Konkurrenz vorläufig  
zu verhindern. Die Beklagte war der Meinung, mit der Aus-  
gabe ihrer Thätigkeit bei Joel und Tobias keine Unrechtmäßigkeit  
begangen zu haben. Sie berief sich auf eine Aeußerung, welche  
Tobias gethan haben soll, als er sich für ein ihm  
von seinen Arbeiterinnen gewidmetes Geburtstagsgeschenk  
bedankte. Und zwar soll er nach ihrer Aussage geäußert haben,  
wer von den Angestellten denke, wo anders mehr zu verdienen  
wie bei ihm, der müge es ihm sagen, er werde ihn vom Kontrakt  
entbinden. Tobias bestritt, so geredet zu haben, sich auf die  
Aussage von drei Zeuginnen, seiner Directrice und zwei Ar-  
beiterinnen, stützend. Diese wollten bloß gehört haben, daß der  
Kläger alle die, welche sich in seinem Geschäft "nicht wohl  
fühlten", aufgefordert hat, sich an ihn zu wenden. Auf Be-  
fragen der Beklagten, weshalb sie von Tobias fort wollte,  
antwortete sie, trotzdem sie schon vier Jahre im Geschäft  
desselben gewesen sei, habe sie doch nur 33 M. Gehalt  
für den Monat bekommen. Um "durchzukommen", hätte  
sie bis in die Nacht hinein noch zu Hause arbeiten  
müssen. Eine der Zeuginnen des Klages bekam nach ihrer  
Angabe für den Monat bei zwölfjähriger Thätigkeit in der  
Fabrik 54 M. Gehalt. Sie sei aber, meinte sie, oft krank ge-  
wesen, einmal ein Jahr lang, sonst würde sie vielleicht mehr  
"verdienen können" wie jetzt und dementsprechend auch mehr  
Gehalt bekommen. Das Urtheil des Gerichts lautete  
dahin, daß Herr Tobias darüber der Eid zugeschworen  
sei, daß er Herrn Tobias darüber die von der Beklagten be-  
hauptete Aeußerung nicht gethan habe. Leistet er den Eid,  
dann ist letztere verurtheilt, ihr Arbeitsverhältnis in der Fabrik  
von Joel und Tobias bis zum 31. Dezember fortzusetzen; leistet  
er ihn nicht, dann gilt der in Frage stehende Kontrakt als auf-  
gehoben.

Zu dem Gerichtsbericht über den Anarchistenprozeß  
erhalten wir folgende Zuschrift:

In dem Bericht vom 28. d. M.: "Ein Anarchistenprozeß"  
lese ich, daß ich in der Volksversammlung, die am 11. No-  
vember v. J. als Kundgebung für die als nunmehr unschuldig  
eingeschätzten Chicagoer Anarchisten galt, gesagt haben soll,  
daß ich der "Propaganda der That" zustimme,  
und aus diesem Grunde zu 4 Monaten verurtheilt worden bin.

Dieser möchte ich bemerken, daß ich in der betreffenden Versammlung in keiner Weise die „Propaganda der That“ verhehrligt habe, und aus dem einfachen Grunde, weil ich noch nie persönlich für diese Form der Taktik zu haben war. Ein bei der Staatsanwaltschaft sich befindendes Manuskript wird hiervon Zeugnis ablegen können. (Dasselbe wurde beschlagnahmt.) Meine Verurteilung ist erfolgt, weil ich für den Massenstrom plädiert haben soll und daß mit der heutigen Gesellschaft ein Paktiren unmöglich sei.

W. Herrmann,  
Zigarrenarbeiter.

**Braunschweig, 29. Juni.** Heute fand vor der ersten Strafkammer des Landgerichts die Verhandlung wider den Hausvater des hiesigen Rettungshauses wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen statt. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Als Zeugen waren vierzehn junge Mädchen geladen, von denen einige noch heute im Rettungshaus sind. Der Pfarrer Brackebusch von der Petrikirche sowie noch zwei andere dem geistlichen Stande angehörende Personen wohnten der Verhandlung bei. Wangemann wurde wegen vier Verbrechen gegen § 170,3 und 21 Verbrechen gegen § 174,1 des R.-St.-G.-B. zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Im Anschluß an die Urteilsverkündung betonte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Wuchseher, daß seit vielen Jahren dem Gerichtshof nicht so ein schwerer Fall wie der heutige beschlagnahmt hätte. Der Angeklagte habe als Hausvater und Erzieher verwahrloster Kinder diese seine Aufgabe schamlos mißbraucht. Nicht ein Punkt von Reue habe der Angeklagte heute gezeigt. Derselbe müsse vollständig verurteilt sein.

Der fromme Hausvater würde vielleicht noch heute sein Anwesen treiben, wenn nicht die Redaktion des sozialdemokratischen „Braunschw. Volksfreund“ die Verfolgung desselben veranlaßt hätte.

## Soziale Uebersicht.

**Auf die von der Reichskommission zur Erhebung der Arbeiterstatistik nachträglich als Ergänzung der früheren Fragebogen vorgelegten sechs Fragen hat eine öffentliche Bädergesellschaft-Versammlung in Frankfurt a. M. folgende Erklärungen abgegeben:** Die Einführung der 12 stündigen Arbeitszeit einschließlich der Nebenarbeit sei recht gut möglich; es bedürfe für die Meister nur der Beschaffung eines denselben neueren Systems oder der Einstellung von mehr Arbeitskräften. Die Verlängerung der Arbeitszeit für Lehrlinge unter 12 Stunden sei leicht durchführbar, wenn man sie nur das Gewerbe erlernen und nicht die gesammte Hausburschenarbeit verrichten lasse. Die etwa notwendige Ueberarbeit würde sich für Frankfurt auf sieben Tage im Jahre beschränken. Die Veseitigung der Sonntagsarbeit erscheine in kleineren Städten, wo die Arbeit nicht so hart sei, ebenfalls gut durchführbar; in größeren Städten seien dies genügend Arbeitskräfte am Platze, um die Arbeiter, die ruhen, zu ersetzen. Dem Widerstande der Bädermeister gegen die neu zu schaffenden Verhältnisse im Bädergewerbe würden die Arbeitsverhältnisse in der neuen Bädergenossenschaft gegenübergestellt. Die bisher gemachten Erfahrungen hätten bewiesen, daß es nur eine Pflanze sei, wenn die Meister behaupten, sie könnten unter veränderten Arbeitsbedingungen nicht mehr existieren. Die Genossenschaft habe eine zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, gebe keine Kost und kein Logis, bezahle die Arbeiter angemessen und rentiere sich trotzdem noch recht gut. Die Arbeitszeit in der Genossenschaft werde nach und nach immer mehr verlängert werden. Und die Meister sollte die beabsichtigte Einführung der zwölfstündigen Arbeitszeit ruinieren?

**Das Wachstum der sächsischen Großindustrie** veranschaulicht eine unter dem Titel: „Uebersicht über die Dampfessel und Dampfmaschinen im Königreich Sachsen für den 1. Januar 1891“ als Supplement-Heft des Jahrganges 1892 der „Zeitschrift des Königlich Sächsischen statistischen Bureau“ erscheinende Arbeit des früheren Leitenden Fabrikinspektors und jetzigen Ober-Regierungsrathes im sächsischen Ministerium des Innern, Morgenstern. Den statistischen Angaben zufolge waren in Sachsen im Jahre 1846: 197, im Jahre 1856: 550, im Jahre 1861: 1008, im Jahre 1878: 4548, im Jahre 1886: 6244 und im Jahre 1891: 6079 stehende Dampfmaschinen vorhanden. In der Zeit von 1886—1891 allein ist sonach eine Vermehrung der Dampfmaschinen um 1829 = 29,25 pCt. zu verzeichnen. Gleichzeitig hat sich die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen von 189 285,1 auf 806 888,1 Pferdestärken = 61,99 pCt. erhöht, während die durchschnittlich wirklich ausgeübte Leistung von 96 882,5 auf 160 772,0 Pferdestärken oder um 66,81 pCt. stieg. Die auf eine Maschine entfallende durchschnittliche Leistungsfähigkeit erhöhte sich in den vorgedachten 5 Jahren von 80,31 auf 87,97 Pferdestärken und die wirklich ausgeübte Leistung von 15,44 auf 19,91 Pferdestärken. Die Zahl der beweglichen Dampfessel stieg in der Zeit von 1886—1891 von 839 auf 543 = 60,19 pCt.; die Leistungsfähigkeit der mit diesen Kesseln verbundenen Dampfmaschinen von 2308,4 auf 7976,8 Pferdestärken = 184,03 pCt. — Ein großartiges Bild technischer Entwicklung und industrieller Thätigkeit, dessen Reife sich bekanntlich in der gleichmäßigen zunehmenden Profitierung und Vereinfachung der arbeitenden Bevölkerung darstellt.

**Ueber Arbeiterkasernen** hat die Braunschweigische Polizeidirektion nach Anhörung der städtischen Behörden und unter Genehmigung des Staatsministeriums betr. die Unterbringung von Arbeitern in Arbeiterkasernen nachstehendes bestimmt. 1. Die Wohn- bezw. Schlafräume müssen trocken sein und dürfen weder in unmittelbarer Nähe von Düngergruben liegen noch mit Aborten in offener Verbindung stehen. 2. Der Fußboden der Wohn- bezw. Schlafräume muß mindestens 0,8 Meter über dem Erdboden liegen, gebüßt oder gepflastert oder aus einem undurchlässigen Material (Cement, Zement) hergestellt sein. 3. Die Wohn- bezw. Schlafräume müssen dicht schließende Thüren und Fenster haben. Letztere müssen in der Außenwand des Hauses angebracht sein und eine Glasfläche haben, welche mindestens ein Zwölftel der Bodenfläche beträgt. Für Räume, welche in der Zeit des Inkrafttretens dieser Vorschriften schon vorhandenen Gebäuden sich befinden und lediglich von unwirtschaftlichen Arbeitern benutzt werden, genügt eine Glasfläche, welche mindestens ein Sechzehntel der Bodenfläche beträgt. 4. Die Wohn- bezw. Schlafräume müssen mit frischem Trinkwasser versehen sein und täglich gereinigt und ausreichend gelüftet werden. 5. Die Schlafräume müssen für jede Person mindestens 10 Kubikmeter Luftraum und 3 Quadratmeter Bodenfläche enthalten. Werden Schlafräume lediglich von landwirtschaftlichen Arbeitern benutzt, so genügt ein Luftraum von 9 Kubikmeter. Dienen die Schlafräume zugleich zum Aufenthalt der Arbeiter während der arbeitsfreien Zeit des Tages, so muß ein Luftraum von 12 Kubikmeter je Person vorhanden sein. 6. An der Innenseite der Thür des Schlafrumes ist ein Abdruck oder eine Abdrift dieser Vorschriften und eine entsprechende Bescheinigung über die Höchstzahl Personen, mit welcher der Raum belegt werden darf, anzubringen. 7. In den Schlafräumen ist für jede Person eine andere Lagerstätte und ein Kleiderregal herzurichten. Die Lagerstätten müssen mindestens 80 Centimeter über dem Fußboden sich befinden, mindestens 1,80 Meter lang und 0,80 Meter breit sein und mindestens mit einem Strohsack, einem Kopfkissen oder einer wollenen Decke versehen sein. Das Stroh bezw. Heu in den Strohsäcken bezw. Rissen muß mindestens alle 4 Wochen erneuert, die Strohsäcke und Rissen müssen mindestens alle 8 Wochen gewaschen werden. Durchgehöhte Strohmatten bezw.

Rissen sind mindestens alle 8 Monate zu reinigen und ist der Inhalt gleichzeitig zu erneuern. Die wollenen Decken müssen mindestens alle 6 Monate in angemessener Weise gereinigt bezw. gewaschen werden. 8. Wohnräume, sowie solche Schlafräume, welche zugleich zum Aufenthalt der Arbeiter während der arbeitsfreien Zeit des Tages dienen, müssen eine genügende Anzahl Tische und Sitzplätze enthalten, auch soweit erforderlich geheizt und erleuchtet werden. 9. Sofern der Arbeitgeber nicht die Befestigung der Arbeiter besorgt, muß eine geräumige, helle Küche, mit den nöthigen Vorrichtungen zum Kochen, vorhanden sein. 10. Es ist Vorsorge zu treffen, daß die Arbeiter sich in den Schlafräumen oder in besonderen nahe bei denselben gelegenen geeigneten Räumen waschen können. 11. Es sind Abtritte in ausreichender Anzahl, eventuell für beide Geschlechter abgetrennt mit getrennten Eingängen, herzurichten und stets rein zu halten. 12. Wohnen mehr als 80 Personen desselben Geschlechts zusammen, so ist ein Krankenzimmer, und wenn 30 und mehr Personen beiderlei Geschlechts kaserniert sind, so sind zwei Krankenzimmer einzurichten. Jedes Krankenzimmer muß heizbar sein und mindestens zwei Krankentbetten mit Zubehör, für jedes Bett aber 30 Kubikmeter Luftraum und zehn Quadratmeter Bodenfläche enthalten, auch den Vorschriften unter Nr. 1—4 entsprechen. Die Krankenzimmer dürfen, auch wenn Kranke nicht vorhanden sind, zu anderen Zwecken nicht benutzt werden. Ist anderweit für altschadige Unterbringung Erkrankter genügend Sorge getragen, so kann von Einrichtung der Krankenzimmer mit Genehmigung der bezogl. Polizeidirektion abgesehen werden. 13. Diese Vorschriften erlangen für die zur Zeit ihres Inkrafttretens bereits bestehenden Arbeiterkasernen erst nach Ablauf eines Jahres Gültigkeit. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden in Gemäßheit des § 7 des Eingangsgesetzes angeführten Gesetzes mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

**Eine bürokratische Musterleistung.** Das ungarische Ministerium, so schreibt der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker, hat unter 12. Juni den Anschluß des Preßburger Buchdruckervereins an den ungarischen Landesverein als gegenstandslos und unbefriedigbar bezeichnet, weil es den letztgenannten Verein aufgelöst habe. Diese Auflösung ist bekanntlich bis auf weiteres zurückgenommen worden, und trotzdem diese Verfügung? Das ging folgendermaßen zu: Der Preßburger Magistrat berichtete unter 20. Januar von dem beschlossenen Anschlusse des Preßburger Vereins, erhielt am 29. April den obigen Bescheid und stellte diesen unter 12. Juni den Beteiligten mit. Daß die Schöpfung in dieser Zeit eine andere geworden, das genügt die Bureauraten nicht — es geht eben halt alles den vorgeschriebenen Weg.

## Versammlungen.

**Die von der Lohnkommission am 28. v. M. einberufen gewesene Versammlung aller in der Rüstungsbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen** war außerordentlich zahlreich, besonders von Arbeiterinnen, besucht. Nach dem vom Kollegen Mecke erstatteten Situationsberichte über die Lohnbewegung nimmt diese weiter einen für die Arbeitnehmer durchaus günstigen Verlauf. In der Rüstungsbranche haben bis jetzt 88 Werkstätten mit 110 Arbeitern und 250 Arbeiterinnen bewilligt, und es steht zu erwarten, daß über kurz oder lang alle Werkstätten die Forderungen der Streikenden bewilligen werden. Einem energischen Kampfe werde es in der Rüstungsbranche bedürfen, um die Forderungen durchzusetzen. Bewilligt haben bisher 22 Werkstätten mit etwa 50 Arbeitern und 100 Arbeiterinnen. Gerade in der Rüstungsbranche stand zu befürchten, daß sich eine größere Anzahl von Werkstätten an der Bewegung nicht beteiligen würden, doch ist erfreulicherweise das gerade Gegenteil eingetreten. Es hätten sicher schon mehr Werkstätten bewilligt, wenn nicht der Beschluß der gleichzeitig tagenden Versammlung von Fabrikanten und Selbständigen hätte abgewartet werden sollen. Nach der Meinung des Referenten seien die Arbeitgeber durchaus nicht widerstandsfähig. Vor allem sei darauf zu sehen, daß die Arbeitgeber ihre bewilligende Unterschrift geben. In den einzelnen Werkstätten, in denen die Forderungen bis jetzt noch nicht bewilligt wären, seien die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst schuld daran, indem es nur eines energischen Vorgehens ihrerseits bedürfe. Referent ermahnte zum trennen festhalten an der Sache und zur größten Kalblüthigkeit gegenüber dem polizeilichen Schutze, dessen sich die Arbeitgeber, ohne denselben zu verlangen, zu erfreuen haben. (Beifall.) Die Versammelten erörterten hierauf in eingehender Weise verschiedene Werkstattverhältnisse. Allseitig wurde die Ansicht zur Geltung gebracht, daß bei so fernem Zusammenhalten in kurzer Zeit die Bewegung siegreich zu Ende geführt sein würde. In einer Resolution erkannte die Versammlung die Forderungen für berechtigt an und erklärte, nicht eher ruhen und rasten zu wollen, als bis dieselben von allen Arbeitgebern bewilligt worden sind. Heute, Freitag Abend, findet wiederum eine öffentliche Versammlung statt. Mit einem Hoch auf die Bewegung trennten sich die Versammelten, nachdem noch die Unterstützung der Streikenden aller Arbeitenden nahe gelegt worden war.

**Eine kombinierte außerordentliche Versammlung** der Zahlstellen derjenigen Zentralverbände, welche sich am 1. Juli in einen gemeinsamen deutschen Holzarbeiter-Verein vereinigen wollten, tagte am 28. Juni bei Duggenhausen zwecks Konstituierung desselben und Wahl der Ortsverwaltung für Berlin und Umgegend. Drehteller Reibetzog beantragte zunächst den Zeitpunkt des Uebertritts für die sich ausfindenden und zum Holzarbeiter-Verein übertretenden Verbände um zwei Monate zu verlängern. Der Zentralvorstand soll darum ausgegangen werden und dürste nach analogen Fällen zu urtheilen die Regelung dieser Frage wohl den betreffenden Zahlstellen übertragen werden. Die Versammlung beschloß, die Ortsverwaltung aus 9 Personen und zwar 2 Bevollmächtigten, 2 Schriftführern, 2 Kassieren und 3 Beisitzern zusammen zu setzen. Weiter soll Berlin in 4 Bezirke eingetheilt werden, für welche in den Bezirksversammlungen noch je 1 Beisitzer, der aber in der Bezirksverwaltung, ebenso wie die Kontrollen, nur beratende Stimme hat, zu wählen ist. Derselbe hat in seinem Bezirke eine intensive Agitation zu entfalten und Versammlungen einzuberufen, in denen auch thätigst die einzelnen Branchenzweige geregelt werden sollen. Die Kollegen der Boroxie Friedrichsberg, Nimmelsburg und Weihensee haben sich der Zahlstelle Berlin angeschlossen; für Rixdorf wird die Errichtung einer eigenen Zahlstelle geplant; Charlottenburg und Steglitz bringen solche bereits. Bei der Zusammenziehung der Ortsverwaltung wurde mögliche Mithatigkeit auf die Vertretung aller Branchen genommen. Gewählt wurden: zum 1. Bevollmächtigten Koblenzer, Tischler; und Mavriarbeiter; zum 2. Bevollmächtigten Ding, Tischler; zum 1. Schriftführer Kungs, Drehteller; zum 2. Schriftführer Markmann, Tischler; zum 1. Kassierer Pott, Tischler; zum 2. Kassierer Riese, Tischler; zu Beisitzern Klotz, Drehteller; Daun, Bürstenmacher, und Lau, Klavierarbeiter. Als Revisoren wurden die Tischler Redebusch und Arendt und der Drehteller Zeise gewählt. Die Wahl des Arbeitsvermittlers soll in einer nächsten Generalversammlung erfolgen. Die Werkstattkontrollkommission bleibt in ihrer jetzigen Zusammenfassung bestehen und wird durch Vertreter der sich anschließenden Bezirke noch verstärkt. Der Arbeitsnachweis für Drehteller befindet sich vom 1. Juli ab gleichfalls Wallstraße 7-8. Es wurde alsdann noch zur regen Beteiligung an dem Sommerfest der Klavierarbeiter im Ostbahnhof und dem der Drehteller in der Unionstrasse aufgefordert. Wiedemann gab zum Schluß bekannt, daß Mitte Juli öffent-

liche Versammlungen der Holzarbeiter einberufen die Indifferenten für die Organisation gewinnen. Denen ferner Stellungnahme zum Submissionsverfahren ist vorgesehen.

**Die Orts-Krankenkasse der Tischler und Arbeiter** wird die freie Arztwahl für ihre Mitglieder nicht einführen, obgleich vor einigen Wochen eine Versammlung der Kassenglieder sich für dieselbe In der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung der treter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, welche über Frage endgültig Beschluß faßten sollte, waren auch die Däne (Maurer), Lampe (Bildhauer) und Kfm (Maschinenbauer) einer Einladung des Vorstandes Folge leistet erschienen. Da die genannten Herrn in den Kassen ihrer resp. Berufe als Vorstands- und Verwaltungsbeamten fungieren und diese die obengenannte Einrichtung besitzen, so waren sie für kompetent erachtet worden, über die Vorgänge oder Nachteile derselben ein Urtheil abzugeben zu können. Herr Lampe (Mendant der Bildhauerkasse) konstatirte zunächst, daß nach Einführung der freien Arztwahl in seiner Klasse bei nur 200 Mitgliedern mehr die Ausgabe für Arzthonorar im 1. Quartal 1893 um 3500,89 M. höher war, als im 1. Quartal 1892 und führte Beispiele an, wonach die Herren Ärzte es sich selbst zuschreiben haben, daß die Bewegung zu gunsten der freien Arztwahl unter den Arbeitern bedeutend nachgelassen hat. So habe ein Arzt bei etwas gesteigerter Inanspruchnahme seiner Person erklärt, er möchte nicht gern seinen Kollegen so große Konkurrenz machen, er werde in Zukunft nur noch Klassenbeamte resp. Vorstandsmitglieder behandeln. (??) Einem Mitglied seiner Klasse, dem Bildhauer Buscher, Vellealliancestraße 4, gelang es erst beim vierten Arzt Einlass zu finden, der ihn kurzer Hand gesund schreiben wollte, bei der Forderung des Buscher, ihn doch erst genauer zu untersuchen, aber äußerte: Dazu sei er (Buscher) zu schwach, das halte er ja kaum aus. Schließlich lautete die Diagnose: Buscher leidet an hochgradiger Schwindel. Selbstverständlich erregten diese Darlegungen den höchsten Unwillen in der Versammlung und wurde seiner Versicherung, den Bildhauern thue es bereits leid, aus dem Gewerks-Krankentheil ausgeschrieben zu sein und freie Arztwahl eingeführt zu haben, kein Zweifel entgegengesetzt. Der Vorsitzende H. v. vermied die Versammlung darauf, daß die Maschinenbauerkasse, trotz der hohen Beiträge von 60 Pf. pro Woche, schon wieder vor der Alternative stünde, diese weiter zu erhöhen oder die Leistung zu verringern. Da die Ortskasse der Tischler u. aber erst die Hälfte des gefehlmäßigen Reservefonds aufgebracht habe, so müßten bei Einführung der freien Arztwahl die Beiträge mindestens auch auf 60 Pf. erhöht werden; dem würden sich aber wahrscheinlich die Arbeitgeber widersetzen, und da das Gesetz ihnen darin zur Seite stehe, so würde man schließlich die Leistungen der Kasse heruntersetzen müssen. Das sei wohl zu überlegen. Herr Kfm suchte die ungünstigen Verhältnisse der Maschinenbauerkasse mit dem Vorhandensein von 4000 Selbstzahlern zu erklären, welche alle ihre Ärzte konsultieren und als Zwangsglieder anderer Ortskassen diese dann nur bei Arbeitsunfähigkeit in Anspruch nehmen. Herr Däne empfahl die freie Arztwahl; schlechter wie vordem im Gewerks-Krankentheil läme seine Klasse und deren Mitglieder jetzt auch nicht weg. Nach längerer Debatte wurde schließlich die Einführung der freien Arztwahl mit 118 gegen 20 Stimmen (worunter auch 2 Arbeitgeber) abgelehnt. Der Vorsitzende versprach, daß nunmehr das Projekt einer Zentralisation aller Orts-Krankentheilvereine mit etwaiger Errichtung eigener Apotheken scharfer im Auge behalten würde. Da es jetzt häufig geschieht, daß ein Arbeiter durch Wechsel seines Arbeitgebers auch die Mitgliedschaft in der einen Klasse verliert und in der anderen alsdann trotz jahrelanger Zahlens von Beiträgen in der früheren, im Krankheitsfalle nur die für neue Mitglieder bestimmte Mindestleistung erhält, so wäre eine befriedigende Regelung dieser Unzuträglichkeiten nur mit Freuden zu begrüßen. Bei Errichtung eigener Apotheken würden begreiflicher Weise alle Klassen kolossale Ersparnisse erzielen und die hohen Beiträge könnten bedeutend herabgesetzt werden. Eine Kommission aus Vertretern der Vorstände aller Klassen hat sich bereits zu diesem Zweck konstituiert.

**Arbeiter-Schulungsschule.** Freitag, Abends von 8—10 Uhr: Süd-Schule, Mariendorferstr. 6 bei Grub. Süd-Ost-Schule, Reichsbergerstr. 12. Unterricht in Mathematik, Ch.-Schule, Reichsbergerstr. 12. Unterricht in Geschichte (alt), Nord-Schule, Mühlengasse 17a. Unterricht in Englisch und Buchführung. In allen Unterrichtsstunden sind Bücher aus dem Bibliothek und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters eintreten.

**Les- und Vortragsvereine.** Freitag, Karl Marx, Abends 8 Uhr, bei Gruber, Mariendorferstr. 6. — Mithras, bei G. Werner, Mühlengasse 17a. — Holzarbeiter, Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Heterow, Reichsbergerstr. 12. — Les- und Vortragsverein Otto H. Heterow, Abends 8 Uhr Mühlengasse 17a. — Vortragsverein August Weib, Abends 8 Uhr bei Gruber, Reichsbergerstr. 12. — Les- und Vortragsverein „Friedrich Engels“, Abends 8 Uhr bei Gruber, Reichsbergerstr. 12.

**Arbeiter-Vereine und Organisationen.** Die Arbeitervereine im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Reuter, Mühlengasse 17a. Freitag, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Heterow, Reichsbergerstr. 12. — Les- und Vortragsverein Otto H. Heterow, Abends 8 Uhr Mühlengasse 17a. — Vortragsverein August Weib, Abends 8 Uhr bei Gruber, Reichsbergerstr. 12. — Les- und Vortragsverein „Friedrich Engels“, Abends 8 Uhr bei Gruber, Reichsbergerstr. 12. — Les- und Vortragsverein „Friedrich Engels“, Abends 8 Uhr bei Gruber, Reichsbergerstr. 12. — Les- und Vortragsverein „Friedrich Engels“, Abends 8 Uhr bei Gruber, Reichsbergerstr. 12.

**Hand der gefälligen Arbeitervereine.** Berlin und Umgegend. Die Zahlstellen sind zu sehen an H. Heterow, Mühlengasse 17a, 10. Freitag: Tambourverein „Auf, Auf!“ Mühlengasse 17a. — Tambourverein „Auf, Auf!“ Mühlengasse 17a.

**English Conversational Club Shakespeare.** Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

## Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Dieß) Verlag ist soeben das 40. Heft des 11. Jahrgangs er-

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das  
Kriegsfallat. — Der wildgewordene Kleinbürger und  
die Wahlen. — Zur Geschichte der Volksschichten.  
Kriegsfallat des Referendums. Von Theodor Curti. —  
Bevölkerungsfrage in Frankreich. Von Paul Lafargue.  
Kriegsfallat: Zur Norditalienstatistik in den Bayerischen  
Kriegsfallat. — Feuilleton: Zwei Schächeln einen Soldo.  
in J. M. Palmirini. (Autorisierte Uebersetzung von J.  
ang.)  
den im Verlage von J. H. W. Dieck in Stuttgart er-  
scheinenden beiden naturwissenschaftlichen Werken „Die  
Pflanzenwelt“ und „Die Thierwelt“ von R. S. O. M. e. l. i  
ist soeben Lieferung 9 und 9a erschienen. Lieferung 9 der  
Pflanzenwelt enthält eine prächtige Farbentafel: „Rosen“.  
Die beiden reichillustrierten Werke sind jedem, der sich für  
die Naturwissenschaften interessiert, auf das angelegentlich-  
ste zu empfehlen. Preis pro Lieferung 20 Pf.  
Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Ar-  
beiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dieck Verlag) ist uns  
soeben die Nr. 13 des 3. Jahrgangs zugegangen. Aus dem  
Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Unser der  
Sieg. — Zur Lage der in der Kürschnerbranche beschäftigten  
Berliner Arbeiterinnen. — Der junge Soldat. Nach  
Lamennais' „Worte des Glaubens“ (1893). Ein Programm  
bürgerlicher Frauenrechte auf der Ausstellung zu Chicago.  
Feuilleton: Kindermärchen. Satire von Job. Herm.  
Detmold. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Notizen.  
Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis  
der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen  
in der Reichspost-Zeitungsliste für 1893 unter Nr. 20009)  
beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld  
55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Inseratenpreis die zwei-  
gespaltene Petitzeile 20 Pf.  
Ein Warnungsruß an die Frauen und Mädchen aller  
Stände. Von A. Hoffmann, Zeit. Verlag von A.  
Hoffmann.  
Vaderegeln und Rathschläge für den Aufenthalt in See-  
bädern. Von Dr. E. Lindemann, Berlin. Verlag von  
Hermann Brierer.  
Zeitschrift für Hypnotismus. Redigirt von Dr. J. G. r. o. h.  
mann, Berlin. Verlag von Hermann Brierer. Erschienen  
Heft 8 und 9 des 1. Jahrgangs.

## Vermischtes.

Freigesprochen wurde vom Schwurgericht in Dresden  
der 75jährige Handelsmann Ernst Rühmann, welcher angeklagt  
war, vor zehn Jahren seine Konkubine Therese Schwarz ermordet  
zu haben.

## Devisen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Berlin, 29. Juni. Das zuletzt bis Ende dieses Monats  
verlängerte provisorische Handelsabkommen zwischen Deutschland  
und Rumänien vom 1. Juli v. J. ist nochmals und zwar bis  
zum 31. Dezember d. J. verlängert worden.

Die bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet verträgs-  
mäßig für verschiedene Nummern des deutschen Zolltariffs be-  
stehenden Zölle sind den betreffenden rumänischen Erzeugnissen  
auch für die gedachte Zeit zugestanden worden.

Paris, 29. Juni. Der Direktor des „Gaulois“, Meyer,  
sagte vor dem Untersuchungsrichter aus, Norton habe ihm bereits  
im März die gefälschten Dokumente angeboten. Er habe jedoch  
dieselben abgelehnt; nur eine ihm von Norton, welcher vorgab,  
Beziehungen zur englischen Botschaft zu besitzen, mitgetheilte  
Nachricht von der Abdankung der Königin Victoria habe er ver-  
öffentlicht.

## (Devisen des Bureau Herald.)

Dresden, 29. Juni. Der hier und in Alsfeld gewählte  
Antisemit Zimmermann nimmt das Mandat in Alsfeld an. An  
seiner Stelle wird in Dresden der frühere Reichstags-Abgeordnete  
Baumeister Hartwig aufgestellt werden.

Dux, 29. Juni. Die Bergarbeiter-Versammlung in Soborten  
beschloß, den Streik auf eine günstigere Zeit zu verlegen, insolge  
dessen heute die Belegschaften auf den Karthäuser Schächten an-  
führten. — Auf dem Emerenzschachte erstikten insolge giftiger  
Gase ein Steiger und zwei Arbeiter.

Stockholm, 29. Juni. Die in Jönköping versammelt ge-  
wesenen Buchdruckerbesitzer beschloßen die Bildung eines schwedi-  
schen Buchdruckerbesitzer-Vereins und nahmen vorläufig  
Satzungen an, die der zweiten hier im Oktober abzuhaltenden  
Versammlung vorgelegt werden sollen; bis dahin hofft man, daß  
alle Buchdruckerbesitzer in Schweden sich dem Verein ange-  
schlossen haben.

Christiania, 29. Juni. Der dem Storting vorgelegte  
Zolltarifentwurf beantragt den Zoll für eine große Reihe von  
Industrie-Artikeln zu erhöhen, dagegen den Ausfuhrzoll auf Holz  
anzuhängen. Die Zolleinnahmen für das nächste Jahr werden  
auf 20 659 428 Kronen vom Zollausschuß berechnet, 310 000 Kr.  
mehr als im Budget-Voranschlag.

London, 29. Juni. Die Choleraanzeichen aus Mexiko  
lauten erschreckend. Die Seuche hat einen furchtbaren Charakter  
angenommen. Alle Quartiere der Stadt sind inficirt und ganze  
Familien ausgestorben. Alle Heilmittel erweisen sich als un-  
genügend. Die Leichen liegen unbedeckt auf den Straßen.  
Durch das fortwährende Eintreffen neuer Pilger verschlimmert  
sich die Situation zusehends.

## Briefkasten der Redaktion.

J. K. M. T. Der Reichstag kann jeder Zeit aufgelöst werden.  
D. S. Bisher waren in Berlin nur der vierte und sechste  
Wahlkreis durch sozialdemokratische Abgeordnete vertreten, und  
zwar wurden sie beide zuerst im Jahre 1877 erobert. Der sechste  
ging dann bei der Wahl 1878 verloren, und der vierte bei der  
Wahl 1881. Wieder erobert wurden dann beide Wahlkreise 1884  
und bis heute behauptet.

C. Timm. Sollen wir auf alle Lügen, Verleumdungen und  
Entstellungen der Gegner, die wir nunmehr fast 30 Jahre er-  
tragen und unter denen wir groß und mächtig geworden sind,  
noch eingehen?

W. St. 21 und G. S. Sie dürfen die Sachen nicht ver-  
laufen, sondern müssen erst klagen und können erst dann, und  
zwar durch den Gerichtsvollzieher, verlaufen lassen.

G. Becker. Im ersten Wahlgange wurden 1890 zwanzig  
Sozialdemokraten gewählt.

Salzungen. Wir bitten Sie, mit uns die Sache jetzt als  
erledigt zu betrachten.

C. W., Paris. Reichstags-Abgeordnete erhalten keine  
Diäten.

S. B. Viesfeld liegt in der preussischen Provinz Westfalen.  
P. St. Wer nicht in den Kriegerverein eintritt, kann auch  
nicht rausgeschmissen werden. Sozialdemokraten gehören nicht in  
den Kriegerverein.

S. Ein Abzugskasse darf von der Polizeibehörde wegen  
rückständiger Steuern nicht einbehalten werden.

S. 100.26. Sie können aus der gesundheitsgefährdenden  
Wohnung ausziehen, wohin Sie wollen, müssen aber dem Wirth  
mittheilen, daß Sie vom Vertrage abgehen.

G. G. Leider besteht der Anspruch nicht, weil der Be-  
treffende selbständiger Tischler vor 1891 war.

Noad, Groß-Ziethen. Bitte keine Briefmarken beizulegen.  
Der Betreffende hat auf Altersrente Anspruch, wenn er 8 Jahre  
vor dem 1. Januar 1891 in einem versicherungspflichtigen Be-  
triebe beschäftigt war und insgesammt für 47 Wochen gelebt hat.

Röhing. Wenn Ihr Sohn damals noch nicht 7 Jahre  
alt war, haben Sie die von diesem zerbrochene Scheibe zu  
ersehen.

G. W. 100. Es bleibt Ihnen nichts anderes übrig als  
auf Zahlung des Lagergeldes und auf Räumung zu klagen.

A. L. Eine Berechtigung des Wahlvorstehers, in ihm  
zweifelhaft erscheinenden Fällen den Wähler nach seinem Alter  
zu befragen, ist im Gesetz nicht festgesetzt. Eine dahingehende  
Frage ist aber auch keine Amtsüberschreitung. Sie ist nutzlos,  
weil der Wahlvorsteher in jedem Falle, sobald die Identität  
feststeht, den Zettel in die Urne werfen muß.

M. R. Die Ausfichten für Ihren Anspruch sind sehr  
zweifelhaft; Sie können denselben mit dem bereits schwebenden  
Anspruch verbinden.

M. W. Das Gehalt muß auch während Ihrer Krankheit  
gezahlt werden.

Kreps. Sie sind zur Zahlung der Gerichtskosten nur dann  
nicht verpflichtet, wenn ausdrücklich jedem der Angeklagten  
nur ein Theil der Kosten auferlegt ist.

M. V., Bonn. Die Berufung erscheint nicht aussichtslos,  
aber zweifelhaft.

H. L. 1. Die sächsischen Bestimmungen sind uns unbekannt;  
vielleicht wenden Sie sich an die Redaktion des „Wähler“. 2. In  
Preußen auf dem Gemeindefriedhof.

Magyorember. 1. Die Einmischung ist Ausländern nicht  
verboten. 2. Wegen der Naturalisirung müssen Sie sich an das  
Polizeirevier Ihres Bezirks wenden: dieselbe ist sehr schwer durch-  
zuführen.

Verichtigung. Der Parteigenosse Gustav Burche in Erfurt  
wurde nicht am Wahltag, wie in letzter Nummer infolge  
eines Druck- oder Schreibfehlers mitgeteilt war, sondern am  
Mittwoch beerdigt.

## Briefkasten der Expedition.

H. Hertel, Hannover. Der „Vorwärts“ wird des Nachts  
gedruckt und wird frühmorgens ausgegeben.

Gehner, Breslau. Ihr Brief kostete uns 20 Pf. Straf-  
porto; wir bitten künftig Ihre Briefe an uns zu frankiren.

Verlag des Vorwärts Berliner Volksblatt, Berlin SW., Benthstr. 2.

Das zur diesjährigen Waiseier in Aussicht gestellte

## Kunstblatt

welches bereits in der Waiseier-Feitung als Mittelbild gebracht wurde, ist nunmehr in bedeutend  
vergrößertem Maßstabe — Plattengröße 68x47 cm; Kartongröße 95x73 cm — in seiner Kupferätzung  
ausgeführt in unserem Verlage erschienen. Das Bild heißt

## Der erste Mai

und ist dazu angethan, je den Versammlungstraum, jedes Vereinszimmer der Arbeiter zu verschönen,  
vor allem wird es für jedes Proletarietherm ein würdiger

## Zimmerschmuck

sein. Um dies wahrhafte Kunstblatt auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, ist der Preis auf nur  
Drei Mark

festgesetzt. Gegen Einsend. d. Betrages werden Bestellungen von außerhalb porto- u. emballagefrei effectuirt.  
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

## Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.  
Katharina II. von Russland.  
80 Seiten. — Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch alle Expeditionen, Kol-  
portreure und Parteidruckhandlungen, so-  
wie v. Verlag: H. Baake, City-Passage

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Benthstraße 2.

Soeben erschien:

401/6\*

## Heft 46

der

Reden und Schriften Ferd. Lassalle's

(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungs-Expediteure und  
Kolportreure entgegen.

## Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut  
kaufen will, empfehle mein sehr reich-  
haltiges Lager von ca. 1000 Sommer-Pale-  
stos, 2000 Anzüge, sowie einzelne  
Höcker, Jaquets, Hosen, Westen u.  
Ferner Uhren, Ketten, Ringe,  
Perlen, Wäsche, Stiefel, Hüte,  
Reise- u. Holzkoffer, Waschkessel u.  
Sämmtliche Sachen in alt und neu,  
auch werden verfallene Pfänder verkauft.

## A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewaaren-  
Händler, 8768L.  
127 Skalitzerstraße 127.  
Bestellungen nach Maß werden  
gut und billig ausgeführt.  
Bitte sehr, recht genau auf Namen  
und Hausnummer zu achten.

## Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4485L.  
am hiesigen Plage wie bekannt  
größte Auswahl!  
Garantis für sicheren Brand.  
Streng reelle Bedienung, billige  
Preise! Sämmtliche im Handel  
beständl. Rohtabake sind am Lager.  
A. Goldschmidt,  
Oranienburgerstr. 2.

Reichenbergerstr. 1, 4 T. r. (Ecke  
Elisabeth-Platz) ist m. Zimmer m. sep.  
Eing. an 1 oder 2 G. zu verm. 645b

Zu einer Dampfpartie von  
Stettin nach Swinemünde-Verlags-  
dorf im Anschluß an den Extrazug nach  
Stettin am 8. Juli, Abds. 11 1/2 Uhr,  
sind noch eine Anzahl Theilnehmer er-  
wünscht. Fahrpreis insgesammt 5 M.  
(Eisenbahn 3, Dampfer 2 M.) hin und  
zurück. Näh. im Seheraal d. Vorwärts.

## Café „Wilhelmshöhe“

Wolltersdorf bei Erkner,  
15 Minuten v. Bahnhof a. d. Chaussee  
nach Kollberge Müdersdorf,  
also nicht Wolltersdorf. Schlenje.

Saal und Vereinszimmer zu jeder  
Versammlung frei. Der Garten fähig  
ca. 3000 Personen. Biegelbahn und  
Billardzimmer. — Kaffeeküche  
täglich geöffnet. Um Zutritt bittet  
49718\* Carl Gilmann.

## Sicherer Nebenverdienst.

Ein Laden nebst Wohnung, in dem  
längere Zeit ein Mehl-, Milch- und  
Wachswaaren-Geschäft mit Rolle be-  
trieben, ist am 1. October vom Wirth  
zu vermieten. Elisabethkirchstr. 7. 654b

Schantzgeschäft, passend für Partei-  
genossen, tägl. 1/2 Zonne Bier, 3. verk.  
662b Guadt, Swinemünderstr. 120.

Amerika u. Australien. Billigste Fahr-  
karten. Kajüte u. Zwischendeck mit  
Schnelldampfer d. d. Kong. Generalagent.  
Aug. Langor, Play Neues Thor 1a pt.  
(nicht Laden). 664b\*

Billige schöne Wohnungen von 1 u.  
2 Stuben, Küche, a 14 bis 20 Mark  
pro Monat, zu vermieten. Prinz  
Handjerystr. 52 in Nigdorf bei der  
Vereinsbrauerei. 650b

## Arbeitsmarkt.

Die Ortskrankenkasse der Maschinen-  
bau-Arbeiter sucht zum sofortigen Ein-  
tritt einen tüchtigen, erfahrenen,  
kontionsfähigen Bureaubeamten.  
Reflektanten, möglichst Mitglieder der  
gedachten Kasse, wollen Offerten mit  
Gehaltsansprüchen u. selbstgeschriebenen  
Lebenslauf an den Vorstand, Neue  
Schönhauserstraße 16, Quergebäude I,  
richten. 657b

H. Steinfeldt,  
Revertender Vorsitzender.

Gewandte Herren zum Abschluß  
von Lebens-, Feuer-, Sterbelassen-  
Versicherung bei hohem Fixum und  
Provision sucht 44608  
Union, Königsgraben.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesell-  
schaft sucht für Berlin u. die Provinz  
thätige Haupt- u. Spezial-Agenten.  
Hohe fortlaufende Bezüge event. auch  
festes Gehalt werden zugesichert.  
Offerten unter O. P. 2 nimmt die  
Expedition entgegen. 43632

## Oris-Krankenkasse derMechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe.

Vorschriften über das Verhalten der  
Kranken und über die Krankensaussicht.

1. Erkrankte Mitglieder, welche in Berlin  
wohnen, dürfen während der  
Dauer der Krankheit ohne Genehmi-  
gung des Vorstandes den Gemeinde-  
bezirk Berlin nicht verlassen.
2. Das Krankengeld ist stets nach Ablauf  
von sieben Krankheitstagen gegen Ein-  
lieferung des vom Arzt beglaubigten  
Krankenscheins abzugeben.
3. Erkrankte Mitglieder haben die ärzt-  
lichen Vorschriften genau zu befolgen;  
arbeitsfähige Mitglieder haben sich  
jeder Arbeit zu enthalten. Sie dürfen  
ohne ärztliche Erlaubnis ihre Woh-  
nung nicht verlassen, besonders die  
ihnen vom Arzt bewilligte Ausgehzeit,  
welche auf dem Krankenschein ver-  
merkt sein muß, nicht überschreiten  
und dafür sorgen, daß in ihrer Woh-  
nung bis 1/9 Uhr Abends die Kranken-  
kontrolle unbehindert geschehen kann.
4. Zuwiderhandlungen gegen die Nr. 1  
bis 3 dieser Bestimmung ziehen Ord-  
nungsstrafen bis zur Höhe des ein-  
wöchentlichen Krankengeldes nach sich.  
(Vgl. § 24 des Statuts und § 29a  
Abs. 1 Nr. 2a des Krankenversiche-  
rungs-Gesetzes.)

Berlin, den 26. März 1893.  
Der Vorstand.

Osk. Reichenow, H. Mattoncheck,  
Vorsitzender, Schriftführer.

Die vorstehenden Beschlüsse der Gene-  
ralversammlung der Oris-Krankenkasse  
der Mechaniker, Optiker und verwandten  
Gewerbe werden hierdurch genehmigt.  
Berlin, den 25. Mai 1893.  
Gewerbe-Deputation des Magistrats.  
652b Mugdan.

Habe mich Kaserstr. 118 am Garten-  
platz niedergelassen. 662  
Albert Fleck, prakt. Arzt.

Posamentiergeschäft  
mit Schneiderei, Rieme 500 M., ver-  
änderungshalber billig zu verkaufen.  
649b H. Vott, Adalbertstr. 70.

Damenjuchneiderei und Putz  
lehrt gründlich Frau Hoffmann  
Curopstr. 48, 2 T. Schneid-  
20 M., Putz 10 M., Musterge-  
für Schneiderin 8 M. 41

1 Gäckerei, 5 Werkstätten  
30 kleine Wohnungen,  
Korridor, Stube und Küche 70—80 T.  
z. verm. Schön. Sommer-Aufenth.  
318 October miethsfähig. 429b  
Ziomer, Gortkestraße 68.

Dresdenerstr. 125, 2 T. r. möbl.  
Schlafstelle f. 1—2 P., Flur-Ging. 306b

Frdl. Schlafstelle f. G. Manteuffel-  
straße 60, 1 T. r. 661b

Naether & Krausse  
Anflamerstr. 44  
an der Brunnen-Straße.  
Billigste Bezugsquelle für  
Uhren.

Reparaturen gut und billig.  
Ein Holz- und Kohlegeschäft und  
Genossenschaftsbrot-Niederlage billig zu  
verkaufen. Charlottenburgerstr. 74 bei  
Schmidt.

Steppdecken  
und  
Schlafdecken  
(mit kleinen Farbenfehlern)  
spottbillig in der Deckenfabrik von  
J. Brünn,  
Hackescher Markt Nr. 4.  
(Stadtbahnhof Börse.)

Zur pünktl. Lieferung d. „Vorwärts“,  
sowie sammtl. Parteiliteratur empfiehlt  
sich für Wedding u. Moabit  
Carl Weiser, Tegelerstr. 27,  
Zeitungs-Expediteur.

Junge Dompfassen zum anlernen 3 M.  
647b Bellealliancestr. 71a.